

Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)

Linhart, Eric; Shikano, Susumu

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Linhart, E., & Shikano, S. (2007). *Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)*. (Arbeitspapiere / Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 98). Mannheim: Universität Mannheim, Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-111020>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Working Paper

**Die Generierung von Parteipositionen aus
vorverschlüsselten Wahlprogrammen für
die Bundesrepublik Deutschland (1949-
2002)**

Eric Linhart

Susumu Shikano

Eric Linhart

Susumu Shikano

**Die Generierung von Parteipositionen aus
vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die
Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)**

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 98, 2007

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Linhart, Eric:

Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002) / Eric Linhart; Susumu Shikano.

– Mannheim: 2007

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 98)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 3,00

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

Eric Linhart ist Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Arbeitsbereich B. Er bereitet zur Zeit das Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ gemeinsam mit Franz Urban Pappi vor. Seine Forschungsinteressen sind neben der Koalitionstheorie vor allem Spieltheorie und die Untersuchung strategischen Wahlverhaltens.

Susumu Shikano ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft I der Universität Mannheim und Projektleiter der Projekte „Wechselwirkungen zwischen Stimmgebungen für Kandidaten und Parteiliste von gemischten Wahlsystemen mit zwei Stimmen“, „Nähe- und Richtungswahl in unterschiedlichen institutionellen Kontexten“ und „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ am MZES, Arbeitsbereich B.

Zusammenfassung

Wir beschäftigen uns in diesem Artikel mit Methoden, um aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen in Form von CMP-Daten die Präferenzen von Parteien in räumlichen Modellen herzuleiten. Wir diskutieren mehrere Möglichkeiten, von denen wir zwei für besonders geeignet halten. Die eine der beiden Methoden entspricht vor allem der Logik von Richtungsmodellen, die andere genügt der positionalen Logik von Distanzmodellen. Wir führen diese Methoden für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002) durch und weisen zusätzlich die Konfidenzintervalle aus. Mehrere Tests zeigen die Robustheit unserer Methoden.

Inhalt

Einleitung	1
Struktur der CMP-Daten, Notationen und weitere Kategorisierungen	2
Methoden zur Generierung von Parteipositionen aus den CMP-Daten	5
Ergebnisse	8
Parteipräferenzen für Richtungsmodelle	8
Parteipräferenzen für Distanzmodelle	12
Salienzen hinsichtlich der beiden Politikdimensionen	16
Standardfehler und Konfidenzintervalle der geschätzten Positionen	19
Anmerkungen zur Robustheit der Methode	25
Literatur	30

Einleitung¹

Viele formale Modelle in der Politikwissenschaft, vor allem in der Koalitionstheorie, basieren auf räumlichen Modellen (z.B. Laver & Shepsle 1996, Schofield 1986, Sened 1996, um nur einige wenige zu nennen). Um diese Modelle anzuwenden und/oder empirisch zu überprüfen, werden folglich Daten benötigt, aus denen die Idealpositionen der involvierten Parteien abgeleitet werden können. Obwohl bei Empirikern eine große Nachfrage nach solchen Daten festzustellen ist, bleibt die Angebotsseite sehr übersichtlich: Im Wesentlichen sind hier die Beiträge des Comparative Manifesto Projekts (CMP; vgl. Budge et al. 2001) sowie von Laver & Hunt (1992) und Benoit & Laver (2006) zu nennen. Die Daten der letzten beiden Studien basieren auf Expertenumfragen, die genau zu dem Zweck der Identifizierung der Parteipositionen auf verschiedenen Policy-Skalen durchgeführt wurden. Die Expertenbefragungen wurden jedoch nur punktuell durchgeführt, so dass die Daten nicht für jede Wahl zur Verfügung stehen und sich nicht für einen Vergleich über verschiedene Wahlen hinweg eignen. Die CMP-Daten werden hingegen durch die Verschlüsselung der Parteiprogramme (Manifestos) gewonnen. Dies ermöglicht, dass die Daten für alle Wahlen verfügbar gemacht werden, auch wenn die Wahlen in der Vergangenheit stattfanden, solange die Wahlprogramme vorhanden sind. Aus diesem Grund werden die CMP-Daten oft verwendet, um Parteipositionen im Politikraum zu identifizieren. Es ist jedoch weiterhin umstritten, wie aus diesen Daten ein Politikraum gebildet werden soll.

Die ersten Auswertungen des Vorläuferprojekts ‚Manifesto Research Group‘ der ECPR verwendeten noch die Faktorenanalyse, um die Zahl der Dimensionen zu bestimmen (Budge et al. 1987). Das Nachfolgeprojekt CMP, das nicht in Essex angesiedelt war, sondern am Wissenschaftszentrum in Berlin unter der Leitung von Hans-Dieter Klingemann (vgl. zur Geschichte Volkens 2001), ging bei der Rekonstruktion von ideologischen Dimensionen auf einfache additive Skalen über mit dem Versuch, sogenannte Superissues ‚links‘ und ‚rechts‘ zu erfassen, was im Ansatz unserer Vorgehensweise entspricht. Allerdings waren die Ergebnisse z.B. für die Bundesrepublik Deutschland nicht immer überzeugend (Klingemann & Volkens 1997, Franzmann & Kaiser 2006). Deshalb gingen Pappi & Shikano (2004) wieder auf ein faktorenanalytisches Verfahren zurück, wendeten dieses aber nicht auf alle 56 Kategorien gleichzeitig an, sondern auf Kategorien, die vorher als einschlägig für die Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. die Gesellschaftspolitik betrachtet wurden. Es wurde eine Hauptkomponentenanalyse nach dem Q-Verfahren durchgeführt, bei dem die Kategorien die Fälle und die Parteien die Variablen darstellten. Für Zeiträume relativ stabiler Parteiensysteme erwies sich die erste Hauptkomponente als gemeinsamer Wortschatz aller Parteien und erst ab der zweiten Hauptkomponente traten die ideologischen Unterschiede hervor. Doch auch dieses Verfahren bewährte sich nicht über einen längeren Zeitraum. Die analytische A-Priori-Trennung von zwei Politikdimensionen wird hier übernommen, gleichzeitig wird aber eine neu kalibrierte Version von

¹ Wir danken Franz Urban Pappi, Bernhard Miller und Matthias Lehnert für hilfreiche Diskussion und viele wertvolle Hinweise sowie Jens Brandenburg für seine Hilfe bei der Erstellung der Grafiken. Ein ganz besonderer Dank gilt dem MZES für seine Unterstützung bei der Projektfinanzierung.

additiven Skalen vorgeschlagen. Eine Neuerung der folgenden Analysen besteht darin, dass die Salienztheorie von Budge et al. (1987) als Basis für das Richtungsmodell und die Politikdistanztheorie nach Downs als Basis für eine Positionslogik aufgefasst wird, so dass im Ergebnis zwei verschiedene Politikräume entstehen. Je nachdem, welcher Logik eine Koalitionstheorie folgt, kann auf die jeweils geeignete Skalierung zurückgegriffen werden.

Wir führen beide Methoden für alle zwischen 1949 und 2002 im deutschen Bundestag vertretenen Parteien durch und diskutieren die Ergebnisse. Wir zeigen ferner, dass unsere Ergebnisse robust sind in dem Sinne, dass kleinere Veränderungen in der Operationalisierung sie nur marginal beeinflussen.

Struktur der CMP-Daten, Notationen und weitere Kategorisierungen

Für die Analyse von Wahlprogrammen hat die CMP-Gruppe 56 Kategorien $j = 1, \dots, 56$ (vgl. Tabelle 1) erstellt, die alle relevanten politischen Themenfelder abdecken. Die beteiligten Wissenschaftler zerlegten alle untersuchten Wahlprogramme in einzelne politische Aussagen, sogenannte Quasi-Sätze, die sie einer der 56 Manifesto-Kategorien zuordnen konnten. Am Ende zählten sie die Anzahl an Quasi-Sätzen in jeder Kategorie und konnten somit ein Salienzmaß für einzelne Themenfelder innerhalb jedes Parteiprogramms bilden. Dieses Salienzmaß M_j entspricht also der prozentualen Häufigkeit des Auftauchens von Kategorie j in einem Wahlprogramm. Für jedes Wahlprogramm gilt folglich:²

$$\sum_{j=1}^{56} M_j = 100$$

Bei der Inspektion der Manifesto-Kategorien lassen sich unserer Meinung nach die einzelnen Themenblöcke bzgl. zwei Aspekten diskriminieren: erstens hinsichtlich der Zugehörigkeit zu größeren Politikdimensionen und zweitens gemäß Neutralität bzw. Nicht-Neutralität hinsichtlich einer politischen Richtung.

Für eine sinnvolle Kategorisierung der Themenblöcke in Politikdimensionen ist zunächst die Dimensionalität des politischen Raums des jeweiligen politischen Systems zu identifizieren. Für die Bundesrepublik Deutschland wird allgemein von einem zweidimensionalen Politikraum mit den beiden relevanten Dimensionen ‚Wirtschafts- und Sozialpolitik‘ sowie ‚Gesellschaftspolitik‘ ausgegangen (vgl. etwa Laver & Hunt 1992), so dass für deutsche Parteien eine Zuordnung der einzelnen Manifesto-Issues zu den Oberthemen ‚Wirtschaft‘, ‚Gesellschaft‘ und ‚Sonstige‘ sinnvoll ist.

Für eine zweite Einteilung überprüfen wir für die Manifesto-Kategorien, die nicht unter ‚Sonstige‘ fallen, ob eine Kategorie richtungsneutral bzw. diffus ist, oder ob die Kategorie als ‚links‘ oder ‚rechts‘ gesehen wird.³ Das Begriffspaar ‚links‘/‚rechts‘ ist hierbei relativ unabhängig von einem Bedeutungswandel, den es möglicherweise im Laufe der Zeit erfahren hat, da es innerhalb der

² In einigen Fällen konnten nicht alle Quasi-Sätze eines Wahlprogramms einer der 56 Manifesto-Kategorien zugeteilt werden. Dies ist für uns allerdings nicht problematisch, da wir ohnehin eine Kategorie ‚Sonstige‘ berücksichtigen. Die 56 Manifesto-Kategorien decken mit zwei Ausnahmen (1949, SPD: 93.9%; 1949, DP: 85.7%) außerdem stets mindestens 95% der Quasi-Sätze ab. Nach 1949 decken sie sogar mit zwei Ausnahmen (1953, DP: 97.6%; 1987, Grüne: 97.8%) immer mehr als 99% der Quasi-Sätze ab.

³ Dies entspricht in etwa der Einteilung in Valenzissues und Positionissues bei Pappi & Shikano (2004) und Franzmann & Kaiser (2006).

Politikdimensionen problemlos durch ‚sozialistisch‘/‚markoliberal‘ (Wirtschaft) bzw. ‚libertär‘/ ‚konservativ‘ (Gesellschaft) ersetzt werden kann. Einige der Themenblöcke tauchen bereits in einer ‚linken‘ und einer ‚rechten‘ Variante auf, wie z.B. die Kategorien 504 und 505 (‚positive Äußerungen zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates‘ und ‚negative Äußerungen zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates‘), andere können aufgrund ihrer Beschreibung eindeutig als ‚links‘ oder ‚rechts‘ eingeordnet werden, etwa Kategorie 413 (‚Verstaatlichung‘) als links und 401 (‚Unternehmertum, freie Marktwirtschaft‘) als rechts. Wieder andere Manifesto-Kategorien beziehen sich zwar eindeutig auf eine der beiden wichtigen Politikdimensionen, lassen sich aber nicht oder nur sehr bedingt als ‚links‘ oder ‚rechts‘ einstufen. Ein Beispiel hierfür ist die Kategorie 403 (‚Soziale Marktwirtschaft‘), die mit einer Betonung des Sozialen tendenziell links sein kann, mit einer Betonung auf ‚Marktwirtschaft‘ aber als rechte Kategorie zu behandeln wäre. Tabelle 1 gibt einen Überblick über alle 56 Manifesto-Kategorien, ihre Zuteilung zu den in der BRD dominierenden Politikdimensionen sowie – für Themenblöcke, die nicht unter ‚Sonstige‘ fallen – ihre Einordnung als ‚linke‘, ‚rechte‘ oder neutrale/diffuse Kategorie.

Tabelle 1: Die Kategorisierung der 56 Manifesto-Issues

Dimension	links	neutral/diffus	rechts	
Wirtschaft	404	Wirtschaftliche Planung	403 Soziale Marktwirtschaft	401 Unternehmertum, freie Marktwirtschaft
	406	Protektionismus +	405 Korporatismus	402 Anreize für unternehmerische Tätigkeit
	409	Keynesianismus	408 Wirtschaftliche Zielvorstellungen	407 Protektionismus -
	412	Zentrale Planwirtschaft	410 Produktivität	414 Ökonomischer Konservatismus
	413	Verstaatlichung	411 Technologie und Infrastruktur	505 Wohlfahrtsstaat Expansion -
	415	Marxistische Analysen	703 Landwirtschaft	702 Arbeitnehmer -
	416	Nachhaltiges Wirtschaften		704 Mittelstand
	503	Gerechtigkeit		
	504	Wohlfahrtsstaat Expansion +		
	701	Arbeitnehmer +		
Gesellschaft	105	Militär -	502 Kultur	104 Militär +
	201	Freiheit und Menschenrechte	706 Nicht-wirtschaftlich definierte Gruppen	601 Verteidigung nationale Lebensweise +
	202	Demokratie		603 Traditionale Moral +
	602	Verteidigung nationale Lebensweise -		605 Ruhe und Ordnung
	604	Traditionale Moral -		608 Multikulturalismus -
	607	Multikulturalismus +		
	705	Unterprivilegierte Minoritäten		

	101 spezielle auswärtige Beziehungen +
	102 spezielle auswärtige Beziehungen -
	103 Antiimperialismus
	106 Frieden
	107 Internationalismus +
	108 EG +
	109 Internationalismus -
	110 EG -
	203 Konstitutionalismus +
Sonstige	204 Konstitutionalismus -
	301 Dezentralisation +
	302 Dezentralisation -
	303 Leistungsfähigkeit der Regierung
	304 Politische Korruption
	305 Politische Autorität
	501 Umweltschutz
	506 Bildungssystem +
	507 Bildungssystem -
	606 Soziale Harmonie

Gemäß dieser Kategorisierung⁴ können zwei Kategorisierungsfunktionen d und $sign$ eingeführt werden, mit deren Hilfe jedem Manifesto-Themenblock j seine Kategorie zugeordnet wird:

$$d(j) = \begin{cases} 1 & \text{wenn } j \text{ der Dimension Wirtschaft zugeordnet ist} \\ 2 & \text{wenn } j \text{ der Dimension Gesellschaft zugeordnet ist} \\ 3 & \text{sonst} \end{cases}$$

$$sign(j) = \begin{cases} -1 & \text{wenn } j \text{ als links eingestuft ist} \\ 0 & \text{wenn } j \text{ als neutral/diffus eingestuft ist} \\ 1 & \text{wenn } j \text{ als rechts eingestuft ist} \end{cases}$$

Mit Hilfe der Funktion d können alle Manifesto-Themen innerhalb einer Hauptdimension isoliert werden. Der hier spezifizierte Wertebereich von 1 bis 3 ist dem System der Bundesrepublik Deutschland angepasst; bei einer Übertragung der Methode auf andere politische Systeme muss eine gegebenenfalls andere Dimensionalität des Politikraums berücksichtigt werden, was sich durch den Wertebereich und die exakte Definition der d -Funktion ausdrückt. Die *signum*-Funktion ist hilfreich, um aus zunächst reinen Salienzdaten Daten zu generieren, die auch einer Richtungs- oder Positionslogik genügen.

⁴ Anhand der Benennung einer Manifesto-Kategorie mag die Einteilung nicht immer auf den ersten Blick plausibel sein. Die Erläuterungen der exakten Bedeutungen (vgl. Volkens 2002) sind jedoch ziemlich eindeutig, so dass verschiedene befragte Experten zu den selben Ergebnissen kamen. Nichtsdestotrotz werden die Ergebnisse später auf Verschlüsselungsfehler hinsichtlich dieser Codierung überprüft.

Methoden zur Generierung von Parteipositionen aus den CMP-Daten

Einem Politikraum können verschiedene Logiken zugrunde liegen. Je nach Logik wird die Eigenschaft des Raums substantiell unterschiedlich interpretiert. In bisherigen Studien dominieren vor allem die Positionslogik (z.B. Downs 1957) und die Richtungslogik (z.B. Budge 1994).

Zunächst von einer Richtungslogik ausgehend kann eine Partei ohne Wahlprogramm oder sonstige politische Aussage als völlig neutral interpretiert werden, was üblicherweise mit dem Wert 0 vercodet wird. Richtungsneutrale Äußerungen – also Äußerungen zu einem Thema j mit $sign(j)=0$ – lassen zwar auf ein bestimmtes Interesse an der zugehörigen Politikdimension $d(j)$ schließen, erlauben es aber nicht zu identifizieren, ob eine Partei eher ‚links‘ oder eher ‚rechts‘ ist. ‚Linke‘ Aussagen hingegen bewirken, dass eine Partei in der entsprechenden Politikdimension als ‚links‘ wahrgenommen wird; ‚rechte‘ Aussagen bewirken eine Wahrnehmung als ‚rechts‘. Unsere Grundannahme ist hierbei, dass Parteien hinsichtlich verschiedener Politikdimensionen durchaus unterschiedlich wahrgenommen werden können. Das heißt, dass ‚linke‘ bzw. ‚rechte‘ Aussagen j nur die Wahrnehmung einer Partei in der entsprechenden Dimension $d(j)$ bewirken, nicht jedoch in den übrigen Politikdimensionen $\{-d(j)\}$. Innerhalb einer Politikdimension hingegen neutralisieren sich ‚rechte‘ und ‚linke‘ Aussagen: Äußert sich eine Partei in ihrem Wahlprogramm gleichermaßen zu ‚linken‘ wie zu ‚rechten‘ Themen hinsichtlich einer Politikdimension, sollte sie insgesamt als neutral bzw. diffus wahrgenommen werden. Überwiegen ‚linke‘ Aussagen, sollte sie als ‚links‘ wahrgenommen werden, und zwar als umso stärker ‚links‘, je stärker ‚linke‘ Aussagen gegenüber ‚rechten‘ überwiegen. Gleiches gilt für ‚rechte‘ Aussagen.

Von einer Positionslogik ausgehend kann angenommen werden, dass Parteien den politischen Prozess in Richtung ihres Idealpunkts zu beeinflussen versuchen. Da die Richtungslogik bei einem neutralen Punkt ansetzt, kann aus einem meistpräferierten Vektor einer Politikrichtung auch die Idealposition einer Partei in einem politischen Raum abgeschätzt werden. Der meistpräferierte Vektor einer Politikveränderung und die Idealposition einer Partei unterliegen im Großen und Ganzen folglich einer ähnlichen Grundlogik.

Eine Methode, die diesen Überlegungen gerecht wird, muss somit vor allem zwei Bedingungen erfüllen:

1. Aussagen dürfen nur jeweils innerhalb einer Politikdimension aggregiert werden, nicht global.
2. Innerhalb einer Dimension neutralisieren sich ‚rechte‘ und ‚linke‘ Aussagen gegenseitig, während ‚neutrale‘ Aussagen positional keinen Einfluss haben.

Eine Operationalisierungsform, die beide Bedingungen erfüllt, ist das dimensionsweise Aufsummieren der entsprechenden Werte unter der Berücksichtigung des jeweiligen Vorzeichens $sign(j)$ der einzelnen Kategorien j .

Offen ist an dieser Stelle noch, wie stark einzelne Quasi-Sätze j in Parteiprogrammen die Wahrnehmung einer Partei in der Politikdimension $d(j)$ als ‚links‘ oder ‚rechts‘ beeinflussen. Die Stärke kann sich unterscheiden zum einen hinsichtlich der Radikalität eines Themas, zum anderen hinsichtlich der Intensität des Auftauchens einer Kategorie im Wahlprogramm. Was die Radikalität einer Manifesto-Kategorie betrifft, kann man beispielsweise vermuten, dass eine Partei, die sich

positiv zu den Kategorien „Verstaatlichung“ oder „zentrale Planwirtschaft“ äußert als weiter links eingeschätzt wird als eine Partei, die sich im selben Umfang positiv zu „Expansion des Wohlfahrtsstaats“ oder „Arbeitnehmerrechte“ äußert. Ein Versuch, die verschiedenen Manifesto-Kategorien hinsichtlich ihrer Radikalität zu bewerten, birgt allerdings die doppelte Gefahr, den subjektiven Eindruck des Codierers überzubewerten und Bedeutungsveränderungen im Laufe der Zeit in einer unerwünschten Weise zu erfassen. Aus diesem Grund scheint es uns die bessere Alternative zu sein, auf eine Gewichtung dieser Art zu verzichten.

Eine moderate Berücksichtigung der Intensität bzw. Häufigkeit der Nennungen der einzelnen Quasi-Sätze erscheint uns hingegen sinnvoll. Die Bejahung bzw. Verneinung der Frage, ob die relative Häufigkeit der Quasi-Sätze zu berücksichtigen ist, führt zu zwei alternativen Operationalisierungen a) und b):

$$\text{a) } y_{i1}^a = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} \text{sign}(j) \cdot M_{ji} ; \quad y_{i2}^a = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} \text{sign}(j) \cdot M_{ji} \quad \text{für jede Partei } i$$

$$\text{b) } y_{i1}^b = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \text{sign}(M_{ji}) ; \quad y_{i2}^b = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \text{sign}(M_{ji}) \quad \text{für jede Partei } i^5$$

Die erste Methode berücksichtigt die Häufigkeiten der Nennungen eines Themas in vollem Umfang, indem die Manifesto-Werte M_{ji} (Häufigkeit der Nennungen der jeweiligen Manifesto-Kategorien) direkt unter Berücksichtigung des Kategorien-Vorzeichens innerhalb ihrer Dimension aufsummiert werden. Bei der zweiten Methode wird überprüft, ob eine Nennung bzgl. einer Kategorie vorliegt oder nicht. Falls ja, geht die Kategorie mit dem Wert -1 bzw. 1 in die Positionsbestimmung ein, unabhängig von der Häufigkeit der Nennung.

Die zweite Methode impliziert, dass eine (positive oder negative) Erwähnung einer Kategorie bereits hinreichend die Position einer Partei verdeutlicht, ohne dass die Intensität der Ausführungen eine Rolle spielt. Diese Methode schützt davor, dass eine breit ausgeführte Kategorie viele knappe aber gegensätzliche Nennungen vollkommen überlagern kann. Die zweite Methode ignoriert allerdings, dass eine breit ausgeführte Kategorie tatsächlich die Wahrnehmung einer Partei als ‚links‘ oder ‚rechts‘ stärker beeinflussen kann als nur kurze Erwähnungen bestimmter Themen. Eine besondere Relevanz erlangt die Berücksichtigung von Häufigkeiten bei Parteiprogrammen, die sowohl positive als auch negative Äußerungen zu bestimmten Themenfeldern enthalten.⁶ In diesem Fall ist es notwendig zu berücksichtigen, ob eine der Nennungen gegenüber der anderen überwiegt.

Um dieser Notwendigkeit einerseits Rechnung zu tragen, andererseits aber die Gefahr der Dominanz einzelner Manifesto-Kategorien zu minimieren, wählen wir einen Mittelweg, indem wir die Häufigkeiten zwar berücksichtigen, aber durch logarithmieren abschwächen:⁷

⁵ Der aufgrund der zwei miteinander multiplizierten *signum*-Funktionen möglicherweise irritierte Leser sei darauf hingewiesen, dass die beiden Funktionen sich auf unterschiedliche Argumente beziehen, so dass das Ergebnis nicht trivialerweise immer 1 ergibt.

⁶ Wenn z.B. sowohl die Kategorie 701 als auch 702 besetzt sind.

⁷ Die Addition der 1 vor dem Logarithmieren ist nötig, da die *ln*-Funktion ihre Nullstelle bei 1 besitzt.

$$c) y_{i1}^c = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \ln(1+M_{ji}); \quad y_{i2}^c = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \ln(1+M_{ji}) \quad \text{für jede Partei } i$$

Die Methode c) ist eine der beiden Möglichkeiten, die wir vorschlagen und anwenden, um aus CMP-Daten Parteipräferenzwerte zu generieren.⁸ Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht methodisch stringent, vor allem in Hinblick auf eine Richtungslogik, hat aber den Nachteil vor allem hinsichtlich einer Distanzlogik, dass Salienzen noch eine relativ große Rolle spielen. Dies lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen, in dem zwei Parteien A und B über alle Politikdimensionen hinweg ausschließlich ‚rechte‘ Kategorien besetzen. In einer Politikdimension würde dann die Partei als weiter ‚rechts‘ eingeschätzt werden, die die größere Häufigkeit an Nennungen besitzt. Aus der Sicht eines Richtungsmodells, in dem auch die Intensität des Drängens nach ‚links‘ oder ‚rechts‘ eine Rolle spielt, ist dies durchaus vertretbar. Von einer Positionslogik ausgehend interpretieren wir diesen Fall allerdings eher derart, dass beide Parteien in beiden Dimensionen die Extremposition besetzen, diese aber möglicherweise auf den verschiedenen Dimensionen mit einer unterschiedlichen Intensität vertreten. Um einer solchen Sichtweise gerecht zu werden, müssen die durch Methode c) gewonnenen Werte durch die bei gegebener Häufigkeit der Nennungen maximal erreichbaren Position normiert werden; die Summe der Häufigkeit der Einzelnennungen kann als Saliens x_{ik} bzgl. einer Politikdimension k aufgefasst und gegebenenfalls durch die Annahme asymmetrischer Nutzenfunktionen berücksichtigt werden.

$$d) y_{i1}^d = \frac{\sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \ln(1+M_{ji})}{\sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} \ln(1+M_{ji})}; \quad y_{i2}^d = \frac{\sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} \text{sign}(j) \cdot \ln(1+M_{ji})}{\sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} \ln(1+M_{ji})} \quad \text{für jede Partei } i$$

$$x_{i1} = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=1}}^{56} M_{ji}; \quad x_{i2} = \sum_{\substack{j=1 \\ d(j)=2}}^{56} M_{ji} \quad \text{für jede Partei } i$$

Wenn – wie in unserer Anwendung für die BRD – die Kategorie ‚Sonstige‘ bei den Politikdimensionen ausgeblendet wird, müssen Forscher, die unsere Salienzwerte in Nutzenfunktionen berücksichtigen, diese zuvor auf 1 normiert. Ein Vorteil der Methode d) gegenüber der Methode c) ist, dass die aus d) resultierenden Positionen bereits zwischen –1 und 1 normiert sind.

⁸ Die Ergebnisse von Methode a) werden später auch aufgezeigt und dienen dazu, die Robustheit der Methode c) empirisch zu bekräftigen. Methode b) ignorieren wir im Folgenden, da die diskutierten Nachteile dieser Methode uns als zu gewichtig erscheinen, um diese Methode vertreten zu können – auch nicht zum Überprüfen der Robustheit der anderen Methoden.

Ergebnisse

Uns lagen zum Zeitpunkt des Schreibens die CMP-Daten für alle zwischen 1949 und 2002 im deutschen Bundestag vertretenen Parteien vor, jeweils für die Bundestagswahl, bei der sie den Einzug in den Bundestag erreichen konnten. Wie in den obigen Formeln beschrieben, konnten daraus Parteipräferenzen abgeschätzt werden, die Richtungs- (Methode c) bzw. Distanzmodellen (Methode d) genügen. Die Ergebnisse stellen wir in den folgenden Teilabschnitten vor.

Parteipräferenzen für Richtungsmodelle

Unter gleichzeitiger Berücksichtigung von Richtungen, in die Parteien eine Politik zu verändern wünschen, und der Intensität dieses Richtungsstrebens lassen sich für die in deutschen Bundestagen vertretenen Richtungspräferenzen wie in Tabelle 2 aufgeführt abschätzen. Die Ergebnisse sind in Abbildung 1 illustriert.

Tabelle 2: Parteipräferenzen der im Bundestag vertretenen Parteien für Richtungsmodelle (1949-2002)

Dimension 1 (Wirtschaft)													
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	-0.309	-8.589	1.018			-1.704	0.602	-2.272	-6.156	-2.725	-6.356	0	
1953	-1.231	-5.249	-2.301			-1.616		-1.939					-5.325
1957	3.108	-3.464	0.392			-1.466							
1961	0.946	-0.695	0.274										
1965	0.040	-1.666	-0.198										
1969	-1.308	-3.415	0.494										
1972	-2.513	-5.461	2.162										
1976	-0.443	-2.097	-0.401										
1980	0.081	-2.793	-0.229										
1983	2.356	-2.687	0.444	-5.998									
1987	-2.313	-4.231	2.652	-7.028									
1990	-1.660	-4.993	0.856	-4.370	-7.873								
1994	1.655	-4.190	2.523	-6.457	-5.289								
1998	0.946	-0.993	0.514	-2.890	-6.840								
2002	2.411	-2.401	3.703	-4.311	-5.540								

Dimension 2 (Gesellschaft)

<i>Jahr</i>	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	-1.232	-2.738	-3.099			2.084	3.211	-3.124	-5.272	-3.067	0.647	-2.321	
1953	-0.271	-2.146	-4.379			-1.821		-2.246					2.037
1957	0	-5.432	-4.374			1.426							
1961	0.530	-1.216	-3.552										
1965	1.592	-0.311	-1.770										
1969	1.806	0.032	-4.702										
1972	2.457	1.256	-1.578										
1976	0.792	-1.697	-3.116										
1980	0.657	-2.972	-4.050										
1983	-0.627	-4.503	-5.747	-8.155									
1987	1.323	-1.843	-4.810	-7.007									
1990	2.784	-5.300	-3.927	-8.695	-8.299								
1994	6.235	-0.234	-2.094	-8.024	-7.232								
1998	6.348	1.078	-2.458	-5.953	-7.957								
2002	4.998	0.538	-2.148	-5.517	-5.413								

Wir weisen darauf hin, dass wir Abbildung 1 lediglich zur Visualisierung von Tabelle 2 hier eingefügt haben, um einen besseren Überblick über die Ergebnisse zu geben. Die Aufbereitung der Grafik könnte suggerieren, es handele sich hier bereits um positionale Daten, die z.B. dimensionsweise ‚Links‘/‚Rechts‘-Betrachtungen zuließen. Dies ist ausdrücklich bei Richtungsdaten nicht der Fall. Die Daten sind vielmehr im Sinne von Abbildung 2 zu interpretieren, bei der wir exemplarisch die Situation für das Jahr 1949 aufbereitet haben.

Abbildung 1: Parteipräferenzen für Richtungsmodelle (Visualisierung)

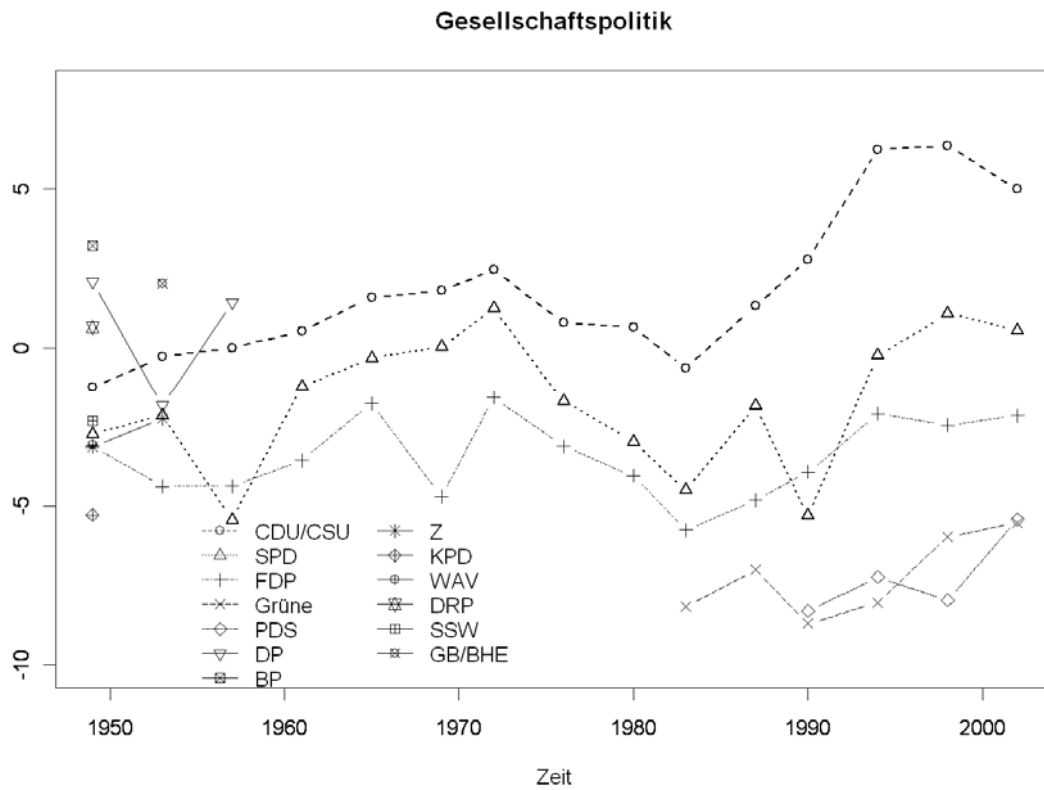
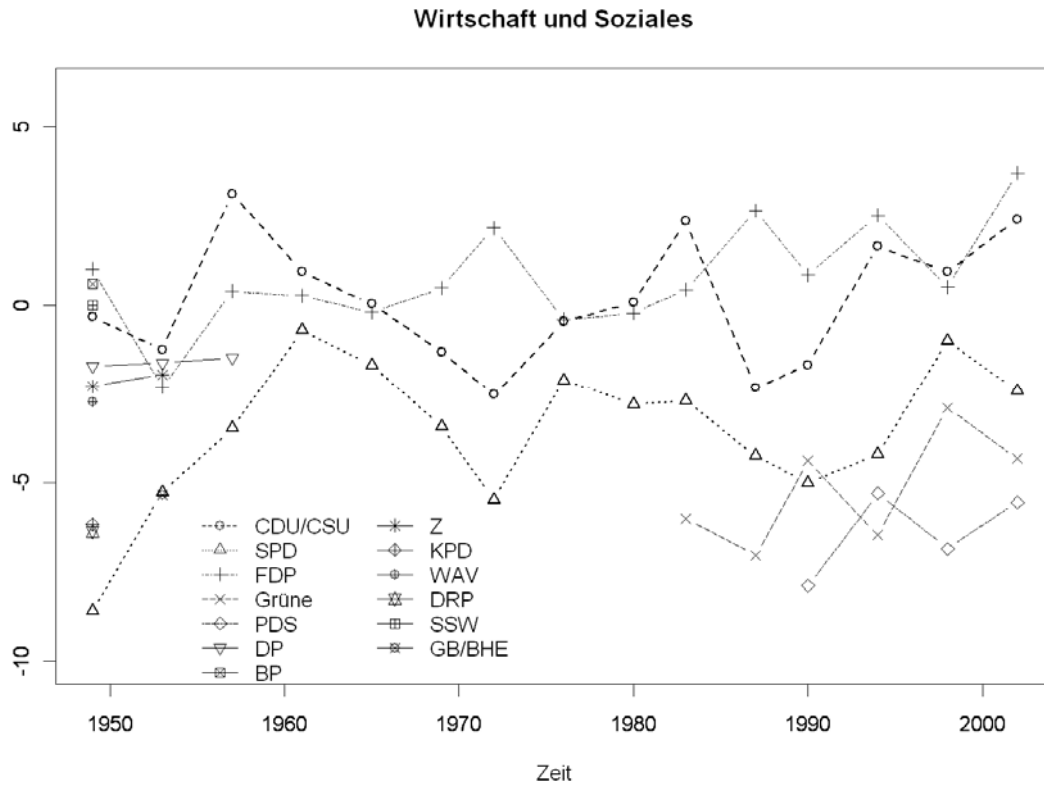
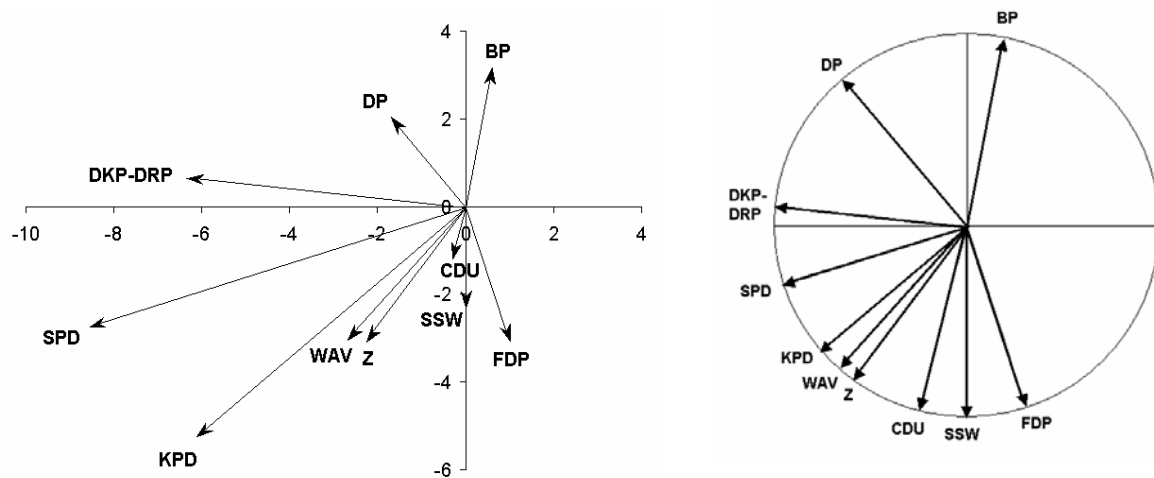


Abbildung 2: Meistpräferierte Politikrichtungen der 1949 im Bundestag vertretenen Parteien

In der Grafik links spielen neben den von den Parteien präferierten Richtungen der Politikveränderung auch die Intensitäten des Veränderungswunsches (Vektorlängen) eine Rolle. Rechts hingegen wird von einer radikalen Richtungslogik ausgegangen, die alleine die Richtung eines Vektors berücksichtigt und die Vektorlänge als ‚positionales‘ Element ausblendet (vgl. dazu Matthews 1979). Um der eigentlichen Richtungslogik Rechnung zu tragen, geben wir die Ergebnisse aus Tabelle 2 in Tabelle 3 in anderer Form aus, nämlich als Winkel⁹ und Länge der präferierten Richtungsvektoren. Im Sinne einer radikalen Richtungslogik sind nur die Winkel relevant.

Tabelle 3: Winkel und Längen der Richtungsvektoren

Winkel der Richtungsvektoren in Grad (gemessen von 12 Uhr ausgehend gegen den Uhrzeigersinn)													
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	165.9	107.7	198.2			39.3	349.4	144.0	130.6	138.4	84.2	180.0	
1953	102.4	112.2	152.3			138.4		139.2					69.1
1957	270.0	147.5	185.1			45.8							
1961	299.3	150.2	184.4										
1965	358.6	100.6	173.6										
1969	35.9	89.5	186.0										
1972	45.7	77.0	233.9										
1976	29.2	129.0	172.7										
1980	353.0	136.8	176.8										
1983	255.1	149.2	184.4	143.7									

⁹ Die Winkel sind hier gemessen im Vergleich zu 12:00 Uhr gegen den Uhrzeigersinn.

Winkel der Richtungsvektoren in Grad (gemessen von 12 Uhr ausgehend gegen den Uhrzeigersinn)

Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1987	60.2	113.5	208.9	134.9									
1990	30.8	136.7	192.3	153.3	136.5								
1994	345.1	93.2	230.3	141.2	143.8								
1998	351.5	42.7	191.8	154.1	139.3								
2002	334.2	77.4	239.9	142.0	134.3								

Länge der Vektoren

Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	1.270	9.015	3.262			2.692	3.267	3.863	8.105	4.103	6.389	2	
1953	1.260	5.670	4.947			2.435		2.968					5.701
1957	3.108	6.443	4.392			2.046							
1961	1.084	1.401	3.562										
1965	1.592	1.695	1.781										
1969	2.230	3.415	4.728										
1972	3.515	5.604	2.677										
1976	0.908	2.698	3.142										
1980	0.661	4.078	4.056										
1983	2.438	5.244	5.764	10.123									
1987	2.664	4.615	5.492	9.924									
1990	3.242	7.282	4.019	9.731	11.439								
1994	6.451	4.197	3.279	10.299	8.960								
1998	6.418	1.466	2.511	6.618	10.493								
2002	5.549	2.460	4.281	7.002	7.745								

Parteipräferenzen für Distanzmodelle

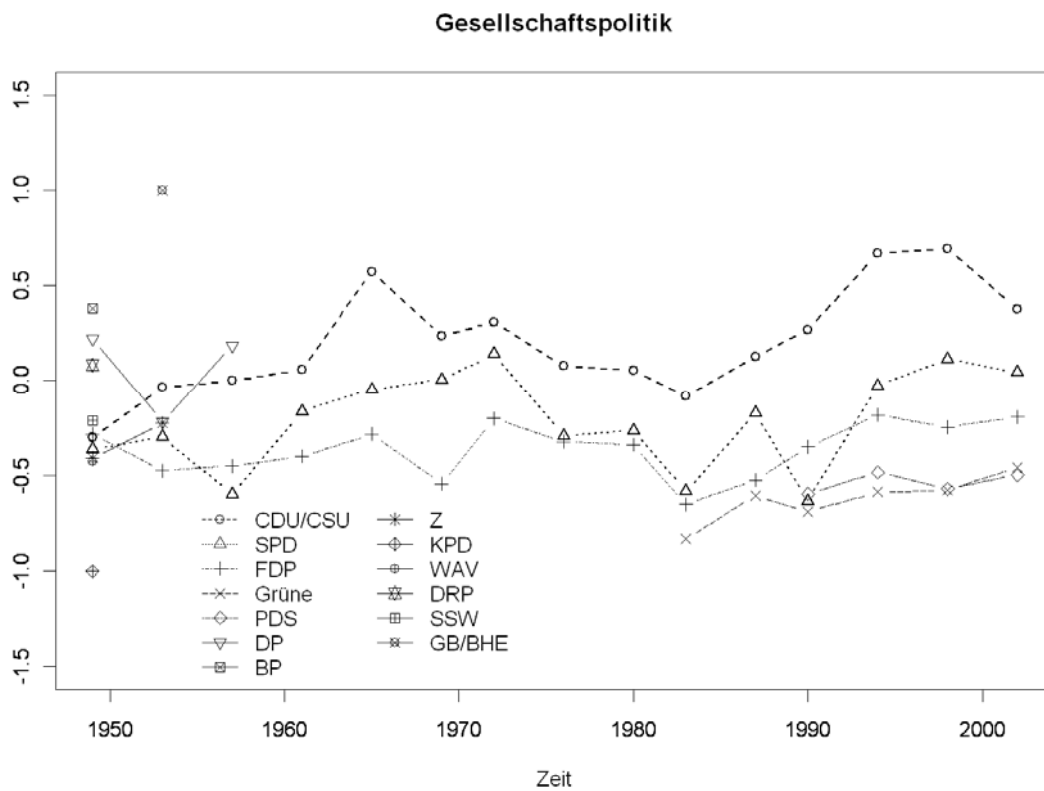
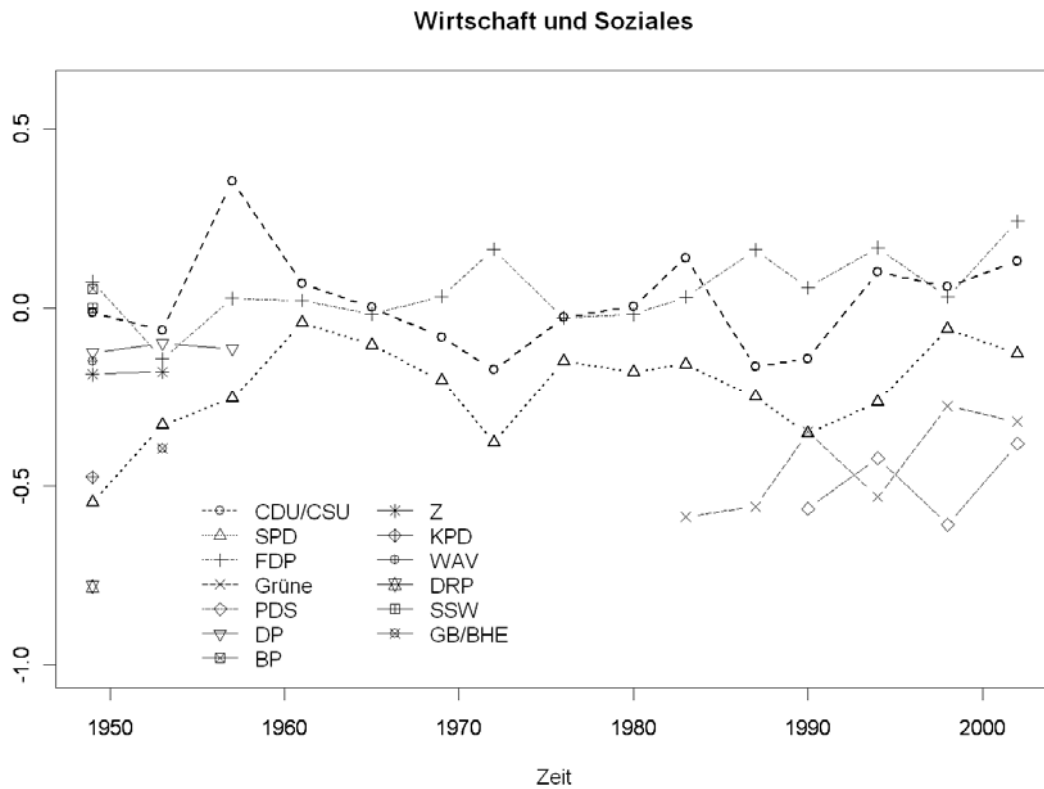
Für viele Modellierungen sind weniger Richtungen der Politikveränderung als vielmehr tatsächliche Politikpositionen von Bedeutung. Ergebnisse der Methode d) stellen – wie oben diskutiert – am ehesten Idealpunkte von Parteien in einem politischen Raum dar, die einem zweidimensionalen räumlichen Modell (Downs 1957) genügen. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die nach Methode d) gewonnenen Idealpositionen der Parteien;

Abbildung 3 illustriert die Ergebnisse.

Tabelle 4: Idealpositionen der im Bundestag vertretenen Parteien (1949-2002)

Dimension 1 (Wirtschaft)													
<i>Jahr</i>	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	-0.013	-0.544	0.074			-0.123	0.054	-0.184	-0.474	-0.147	-0.780	0	
1953	-0.061	-0.329	-0.141			-0.098		-0.177					-0.395
1957	0.355	-0.254	0.028			-0.113							
1961	0.069	-0.041	0.022										
1965	0.002	-0.103	-0.016										
1969	-0.080	-0.201	0.033										
1972	-0.172	-0.377	0.164										
1976	-0.026	-0.149	-0.027										
1980	0.005	-0.179	-0.017										
1983	0.141	-0.156	0.031	-0.586									
1987	-0.163	-0.250	0.163	-0.557									
1990	-0.140	-0.353	0.058	-0.348	-0.563								
1994	0.101	-0.263	0.168	-0.530	-0.421								
1998	0.060	-0.058	0.032	-0.276	-0.607								
2002	0.132	-0.126	0.242	-0.319	-0.381								
Dimension 2 (Gesellschaft)													
<i>Jahr</i>	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	-0.300	-0.363	-0.283			0.222	0.379	-0.407	-1	-0.426	0.082	-0.210	
1953	-0.035	-0.297	-0.474			-0.217		-0.225					1
1957	0	-0.600	-0.449			0.185							
1961	0.060	-0.163	-0.400										
1965	0.575	-0.046	-0.282										
1969	0.236	0.005	-0.543										
1972	0.309	0.141	-0.2										
1976	0.077	-0.292	-0.322										
1980	0.056	-0.263	-0.338										
1983	-0.083	-0.583	-0.650	-0.831									
1987	0.126	-0.173	-0.523	-0.605									
1990	0.267	-0.633	-0.349	-0.689	-0.596								
1994	0.671	-0.026	-0.181	-0.586	-0.483								
1998	0.695	0.115	-0.246	-0.579	-0.570								
2002	0.376	0.043	-0.192	-0.458	-0.497								

Abbildung 3: Parteipräferenzen für Distanzmodelle (Visualisierung)



Betrachtet man die Grafiken aus Abbildung 3, so bestätigt sich zunächst die Angemessenheit einer zweidimensionalen Modellierung. Ein eindimensionales Modell könnte die Positionierung der FDP nur unzureichend beschreiben. Betrachtet man zunächst nur CDU/CSU, SPD und FDP, so ist festzuhalten, dass auf der wirtschaftspolitischen Dimension Union und FDP um die wirtschaftsliberalste Position konkurrieren und sich im Laufe der Zeit abwechseln, während die SPD durchgängig ‚links‘ von beiden verortet wird. Gesellschaftspolitisch hingegen ist die FDP meist ‚links‘ oder sehr nahe der SPD-Position, während die CDU/CSU konstant die konservativste Position unter diesen drei Parteien einnimmt. Grüne und PDS/Linkspartei bilden seit ihrem Einzug in den Bundestag den linken Rand des Spektrums hinsichtlich beider Politikdimensionen, wobei sie sich in der Besetzung der Randposition abwechseln. Lediglich bei der Wahl 1990 (Kandidatur Lafontaines) sehen unsere Ergebnisse die SPD wirtschaftspolitisch ‚links‘ von den Grünen und gesellschaftspolitisch ‚links‘ von der PDS.

Die Interpretation der Kleinparteien in der Gründungszeit der Bundesrepublik ist nur unter Vorbehalt möglich: Zum einen waren die Wahlprogramme in dieser Zeit mitunter sehr kurz, was die Robustheit der Daten schwächt, zum anderen kann an dieser Stelle nicht komplett ausgeschlossen werden, dass einzelne Kategorien einen Bedeutungswandel erfahren haben. Problematisch scheint hier vor allem die Kategorie 705 (unterprivilegierte Minoritäten), unter der heute Quasi-Sätze zur eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare auftauchen, die unmittelbar nach Kriegsende aber sehr stark die Flüchtlingsfrage beinhaltete. Sieht man davon ab, erkennt man gesellschaftspolitisch die KPD als ‚links‘, WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung) und Zentrum als moderat ‚links‘, den SSW (Südschleswigscher Wählerverband) als Partei der Mitte sowie die DKP-DRP (Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei), die Deutsche Partei (DP), die Bayernpartei (BP) und den GB/BHE (Gesamtdeutscher Block/ Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) als moderat bis stark ‚rechts‘. Wirtschaftspolitisch ist vor allem die WAV als stark ‚links‘ einzuordnen, die KPD und die DKP/DRP als moderat ‚links‘. Zentrum, DP und WAV positionieren sich eher ‚rechts‘ im Parteiensystem; SSW und Bayernpartei bilden wirtschaftspolitisch den ‚rechten‘ Rand. Zusätzlich problematisch an dieser Stelle ist die Tatsache, dass der SSW sich nur zu neutral besetzen wirtschaftspolitischen Themen äußert und somit den Positionswert 0 zugeordnet bekommt. In einem rechtsschiefen Parteiensystem wirkt diese eigentlich neutrale Position relativ gesehen ‚rechts‘.¹⁰

Betrachtet man den Verlauf einzelner Parteilinien, ist es zumindest teilweise möglich, einzelne Ereignisse und Entwicklungen inhaltlich nachzuvollziehen. Zwei Beispiele hierfür sind:

- Die vierte Bundestagswahl (1961) ist die erste, nachdem die SPD das Godesberger Programm (1959) verabschiedet hatte. Die wirtschaftspolitische Kurve der SPD steigt von 1949 bis genau zu diesem Zeitpunkt stetig an.
- Seit ihrem ersten Einzug in den Bundestag bewegten sich die Grünen gesellschaftspolitisch auf die Mitte zu, was ihren Wandel von einer Fundamentaloppositions-Partei hin zur Regierungspartei widerspiegelt.

¹⁰ Für die Richtungsdaten stellt dieser Umstand kein Problem dar, da der SSW die Politik hier einfach nur entlang der gesellschaftspolitischen Achse zu verändern bestrebt ist (vgl. Abbildung 2).

Abschließend sei angemerkt, dass die bundesdeutschen Parteien hinsichtlich der Wirtschaftspolitik gemäßigte Positionen einnehmen als bei gesellschaftspolitischen Fragen. Während sich die wirtschaftspolitischen Positionen zwischen -0.78 und 0.335 bewegen und somit knapp 56% des Raums ausnutzen, sind bei der Gesellschaftspolitik beide Extrempositionen -1 und 1 besetzt. Selbst wenn man die Werte der Kleinparteien der Gründungszeit als Ausreißer ignoriert, bewegen sich die Werte in der wirtschaftspolitischen Dimension nur im Intervall $[-0.607, 0.355]$ (48.1% des Politikraums), auf der gesellschaftspolitischen Achse aber schöpfen sie mit dem Intervall $[-0.831, 0.695]$ immerhin 76.3% des Gesamtpolitikraums aus. Bestimmt man dimensionsweise die über alle Parteien gemittelte Position μ sowie die Varianz σ^2 , so erhält man in der Wirtschaftspolitik $(\mu, \sigma^2) = (-0.142, 0.054)$, bei der Gesellschaftspolitik beträgt $(\mu, \sigma^2) = (-0.183, 0.149)$, was die eben festgestellte höhere Polarisierung hinsichtlich gesellschaftspolitischen Themen im Vergleich mit der Wirtschaftspolitik bekräftigt und ferner für die BRD eine Rechtsschiefe in beiden Politikdimensionen konstatiert.

Salienzen hinsichtlich der beiden Politikdimensionen

Wie in Kapitel 3 beschrieben, können mit der Methode d) nicht nur Positionen von Parteien in einem Politikraum abgeschätzt werden, sondern zusätzlich die Salienzen bestimmt werden, die Parteien den einzelnen Politikdimensionen beimessen. Die Anwendung auf die im Bundestag vertretenen Parteien führt zu folgenden Ergebnissen (Tabelle 5):

Tabelle 5: Salienzen (in Prozent) der im Bundestag vertretenen Parteien (1949-2002)

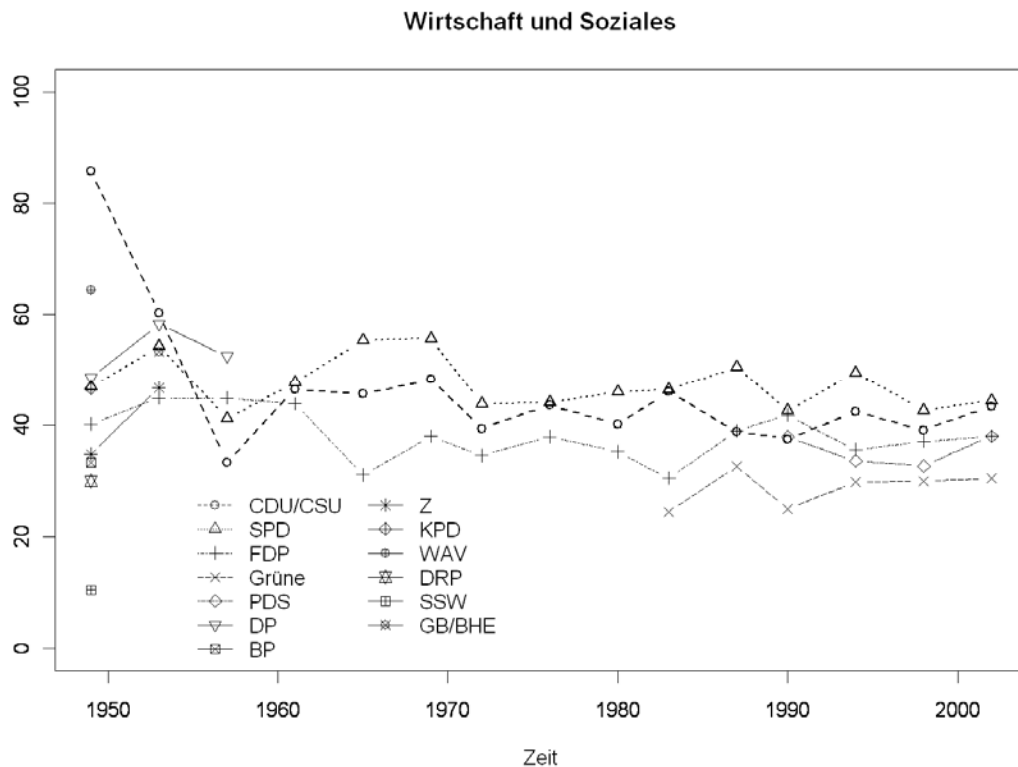
Dimension 1 (Wirtschaft)													
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	85.7	46.9	40.2			48.6	33.3	34.8	46.6	64.4	30.0	10.5	
1953	60.3	54.3	44.9			58.3		46.7					53.3
1957	33.3	41.2	44.9			52.5							
1961	46.5	47.7	43.9										
1965	45.6	55.4	31.1										
1969	48.3	55.7	38.0										
1972	39.4	43.9	34.6										
1976	43.6	44.1	37.9										
1980	40.2	46.0	35.3										
1983	46.0	46.4	30.5	24.4									
1987	38.8	50.5	39.0	32.7									
1990	37.5	42.6	41.8	25.0	37.9								
1994	42.4	49.5	35.6	29.8	33.6								
1998	39.1	42.7	37.1	30.0	32.7								
2002	43.4	44.4	38.0	30.5	38.0								

Dimension 2 (Gesellschaft)

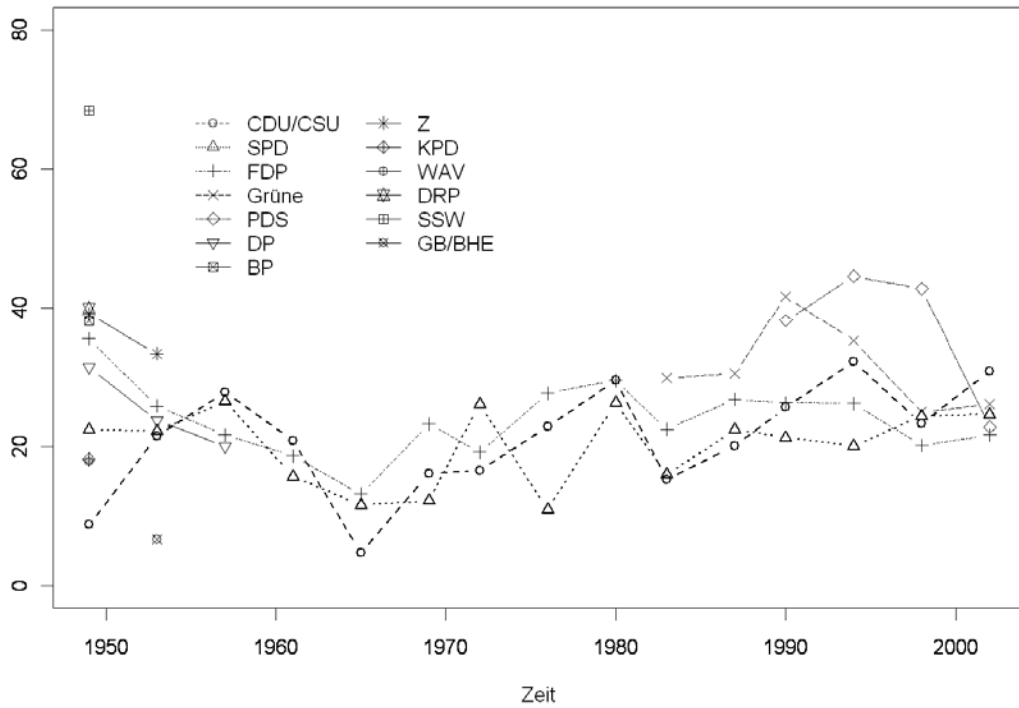
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	8.8	22.4	35.5			31.4	38.1	39.1	18.2	17.8	40.0	68.4	
1953	21.5	22.2	25.8			23.8		33.3					6.7
1957	27.8	26.5	21.7			20.0							
1961	20.9	15.7	18.7										
1965	4.8	11.6	13.2										
1969	16.1	12.2	23.3										
1972	16.6	26.1	19.2										
1976	22.9	10.9	27.7										
1980	29.5	26.3	29.5										
1983	15.3	16.0	22.5	29.9									
1987	20.1	22.4	26.8	30.5									
1990	25.7	21.3	26.3	41.7	38.2								
1994	32.2	20.1	26.2	35.2	44.6								
1998	23.3	24.4	20.2	25.0	42.8								
2002	30.8	24.6	21.7	26.1	22.8								

Abbildung 4 fasst die Ergebnisse aus Tabelle 5 grafisch zusammen:

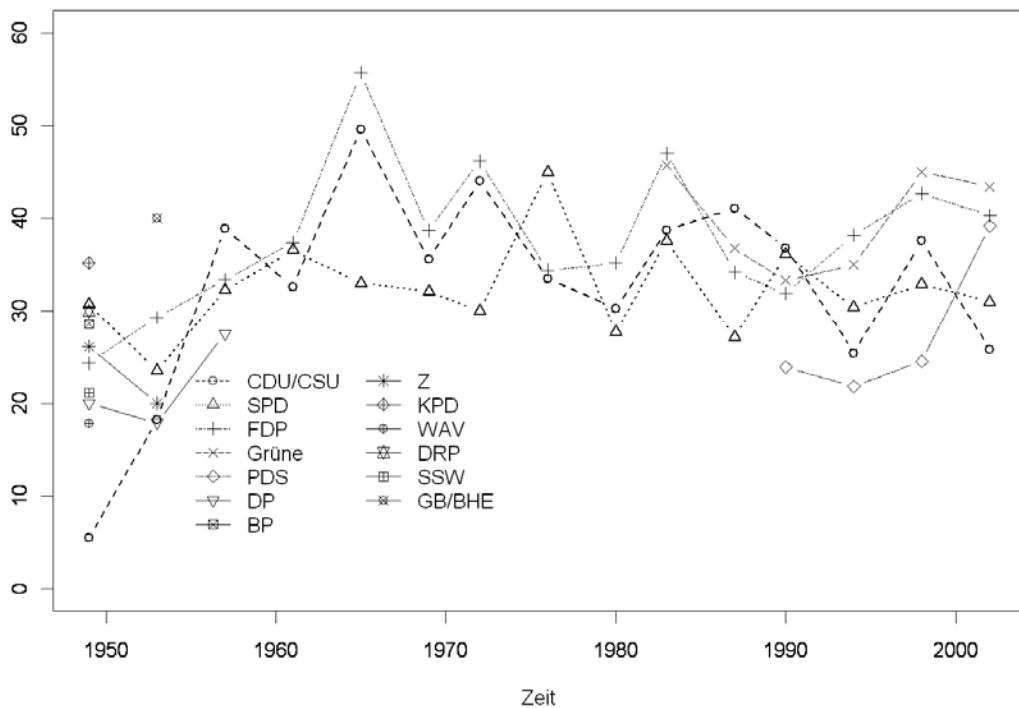
Abbildung 4: Salienzen der im Bundestag vertretenen Parteien (Visualisierung)



Gesellschaftspolitik



Sonstige



Während in der Gründungszeit der Bundesrepublik die Betonungen der Wirtschaftspolitik zwischen den einzelnen Parteien noch sehr stark variierte (1949: CDU/CSU 85.7%, SSW 10.5%), lässt sich

etwa ab der dritten Bundestagswahl eine starke Angleichung erkennen: Alle Parteien widmen zwischen etwa 30% und 55% ihres Wahlprogramms wirtschafts- und sozialpolitischen Themen; eine Ausnahme bilden lediglich die Grünen, bei denen dieses Politikfeld mit 25% bis 30% leicht schwächer vertreten ist. Von den aktuell im Bundestag vertretenen Parteien beschäftigt sich insgesamt die SPD am stärksten mit Wirtschafts- und Sozialpolitik, gefolgt von Union und FDP. Die PDS/Linkspartei hat tendenziell weniger Nennungen; Schlusslicht hier sind wie erwähnt die Bündnisgrünen.

Im Bereich Gesellschaftspolitik zeigt sich ein stärker schwankendes Bild mit Salienzen auf niedrigerem Niveau als in der ersten Dimension. Der SSW, der sich vor allem um die dänische und die friesische Minderheit kümmert, ist mit einer Salienz von knapp 70% hier ein Ausreißer. Die drei in allen Bundestagen vertretenen Parteien besitzen grob gemessen Salienzwerte zwischen 10% und 30%; bei den letzten fünf Bundestagswahlen stieg die Bedeutung gesellschaftspolitischer Fragen leicht an auf ein Niveau zwischen 20% und 35%. Über die Zeit hinweg kann die FDP als die Partei unter diesen dreien identifiziert werden, die sich am meisten mit gesellschaftspolitischen Fragen befasste, gerade bei den letzten beiden Messungen aber das Schlusslicht bildet. Grüne und Linkspartei engagieren sich zunächst überdurchschnittlich stark in gesellschaftspolitischen Themen mit Salienzen, die teilweise über 40% liegen, fallen aber 2002 auf das Niveau von Union, SPD und FDP.

Betrachtet man alle drei Grafiken aus Abbildung 4 im Überblick, so bestärkt dies die Angemessenheit der Annahme eines zweidimensionalen Politikraums. Mit den beiden Politikdimensionen Wirtschaft/ Soziales und gesellschaftspolitische Themen zusammen werden im Mittel knapp 70% aller Nennungen abgedeckt. Es bleibt jedoch ein gewisser Beigeschmack dadurch, dass zu vereinzelten Zeitpunkten bei manchen Parteien eine noch recht große Anzahl an Nennungen nicht durch die beiden Haupt-Politikdimensionen abgedeckt sind. Bei der fünften Bundestagswahl (1965) z.B. beschäftigt sich die Union zu 22.4% mit Außenpolitik und zu 10.4% mit Bildungspolitik; bei der FDP sind es 18.9% bzw. 15.6% – jeder einzelne Wert ist höher als die gesellschaftspolitische Dimension zu diesem Zeitpunkt. Dieses Manko kann an dieser Stelle nicht behoben werden,¹¹ es kann nur darauf hingewiesen werden, bei der Benutzung der entsprechenden Daten und der anschließenden Interpretation diesen Fakt im Hinterkopf zu behalten.

Standardfehler und Konfidenzintervalle der geschätzten Positionen

Bisher wurden die Policy-Positionen, die anhand der CMP-Daten identifiziert wurden, entweder als eindeutige Punkte oder als eindeutige Richtungsvektoren im Politikraum ermittelt. Wir gehen davon aus, dass die jeweiligen Ergebnisse gute Richtwerte für Idealpositionen bzw. –Richtungen sind, dass diese Punktschätzungen allerdings mit einer gewissen Unsicherheit behaftet sind. Für Empiriker, die auf Grundlage unserer Daten Hypothesen überprüfen, schlagen wir daher vor, die den Daten zu

¹¹ Die Berücksichtigung weiterer Politikdimensionen, z.B. Außenpolitik scheitert an der Struktur der Manifesto-Daten: Sie eignen sich in diesem Bereich nicht zur Generierung positionaler Daten, da ein Großteil der Manifesto-Kategorien dieser Politikdimension als ‚neutral‘ oder ‚diffus‘ eingestuft wird. Vor allem die als ‚diffus‘ kategorisierten Issues sind zwar als ‚Rechts‘/‚Links‘-Issues zu deuten und insofern nicht neutral (etwa die

Grunde liegenden Unsicherheiten zu berücksichtigen und die Robustheit der Ergebnisse mithilfe der Konfidenzintervalle zu überprüfen. Aus diesem Grund geben wir nicht nur die von uns ermittelten Punktschätzungen an, sondern zusätzlich Standardabweichungen und Konfidenzintervalle, die die Unsicherheit dieser Punktschätzungen ausdrücken. Für die Punktschätzungen wurde angenommen – ob implizit oder explizit – dass die Daten durch eine Vollerhebung gewonnen wurden. Da die CMP-Daten auf allen Quasi-Sätzen basieren, die in einzelnen Wahlprogrammen enthalten sind, ist diese Annahme zwar vertretbar, man kann aber auch die Quasi-Sätze in einem Wahlprogramm als Stichprobe interpretieren, deren Grundgesamtheit den Ideen der Mitglieder der entsprechenden Partei entspricht. In der Tat wirken zahlreiche Parteimitglieder bei der Entwicklung eines Wahlprogramms mit, das letztendlich vom Parteitag beschlossen wird. Insofern ist es auch sinnvoll, Konfidenzintervalle um die bereits geschätzten Parteipositionen zu bilden.

Zu diesem Zweck nehmen wir an, dass die absolute Häufigkeit des Auftauchens von Kategorie j in einem Wahlprogramm, Z_j , eine Multinomialverteilung besitzt:

$$P(Z_1 = z_1, Z_2 = z_2, \dots, Z_{56} = z_{56}) = \frac{N!}{\prod_{j=1}^{56} z_j!} \prod_{j=1}^{56} \theta_j^{z_j}$$

z_j sind nicht-negative Ganzzahlen, wobei:

$$\sum_{j=1}^{56} z_j = N$$

Hier wird angenommen dass diese Summe N der empirisch vorgelegten Anzahl der Quasi-Sätze im Wahlprogramm entspricht. θ_j ist die Wahrscheinlichkeit für Z_j und summiert sich auf 1. Es wird angenommen, dass sie der empirisch betrachteten relativen Häufigkeit der Kategorie j im Wahlprogramm M_j entsprechen.

So können wir für jedes Wahlprogramm bei jeder Bundestagswahl eine Multinomialverteilung bestimmen, aus der jeweils 1000 Zufallsstichproben gezogen werden. Durch diese Prozedur gewinnen wir für jedes Wahlprogramm 1000 Sätze von M_j und dementsprechend 1000 Schätzungen der Parteiposition: $y^* = \{y_{i1}^*, \dots, y_{i1000}^*\}$. Auf dieser Basis können wir den Standardfehler bzw. das Konfidenzintervall der ursprünglichen Schätzung berechnen.

Tabelle 6 zeigt den Standardfehler der geschätzten Positionen nach der Richtungslogik für jedes Wahlprogramm seit 1949, jeweils auf der wirtschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Dimension. Im Allgemeinen geht der Standardfehler der Wirtschaftsdimension im Laufe der Zeit zurück. Dies liegt offenbar am zunehmenden Umfang der Wahlprogramme. Zum Beispiel zeigt das Wahlprogramm der FDP bei der Bundestagswahl 1972 mit nur 26 Quasi-Sätzen auf beiden Dimensionen einen hohen Standardfehler. Die Standardfehler der Gesellschaftsdimension nehmen hingegen nicht unbedingt stetig ab. Die Größe der Standardfehler kann hier eher darauf zurückgeführt werden, dass die auftauchenden Kategorien in unterschiedlicher Weise homogen (d.h. auf Manifesto-Kategorien mit mehr oder weniger gleichem Vorzeichen beruhen) oder heterogen sind (d.h. der Wert sich stärker aus Manifesto-Kategorien mit gegensätzlichen Vorzeichen zusammensetzt).

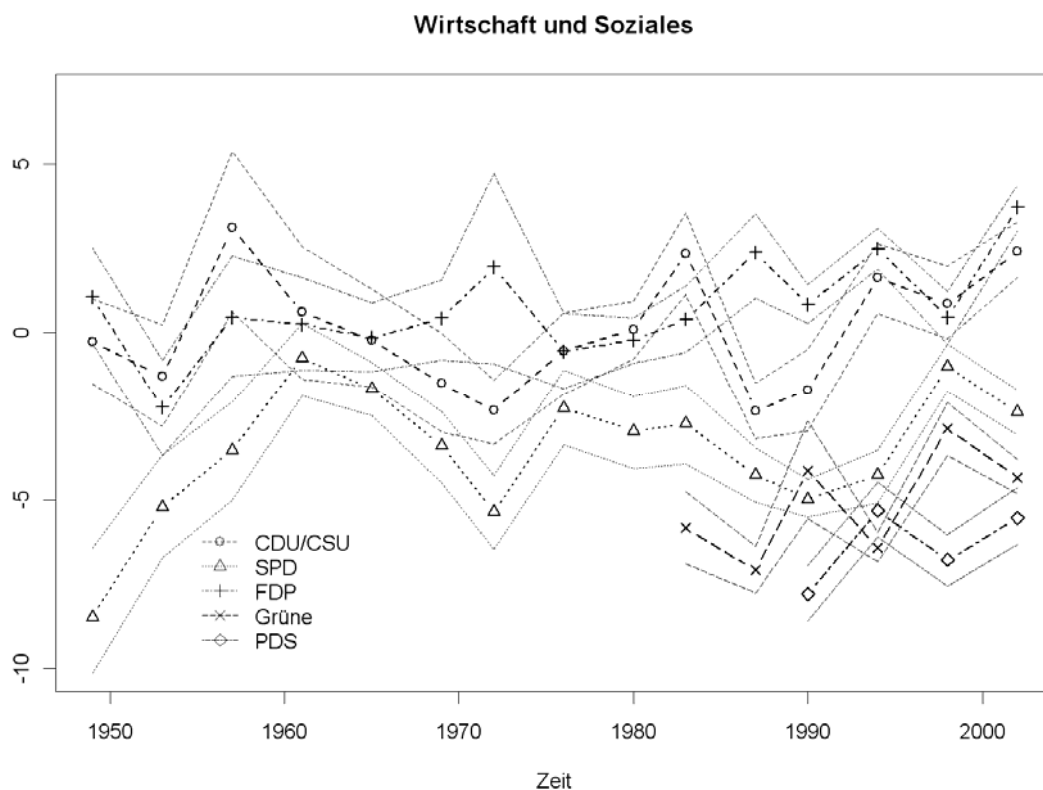
Manifesto-Kategorien 101 und 102), können aber ohne zusätzliche Information (hier: Auf wen bezieht sich die positive oder negative Nennung genau?) nicht als ‚rechts‘ oder ‚links‘ gedeutet werden.

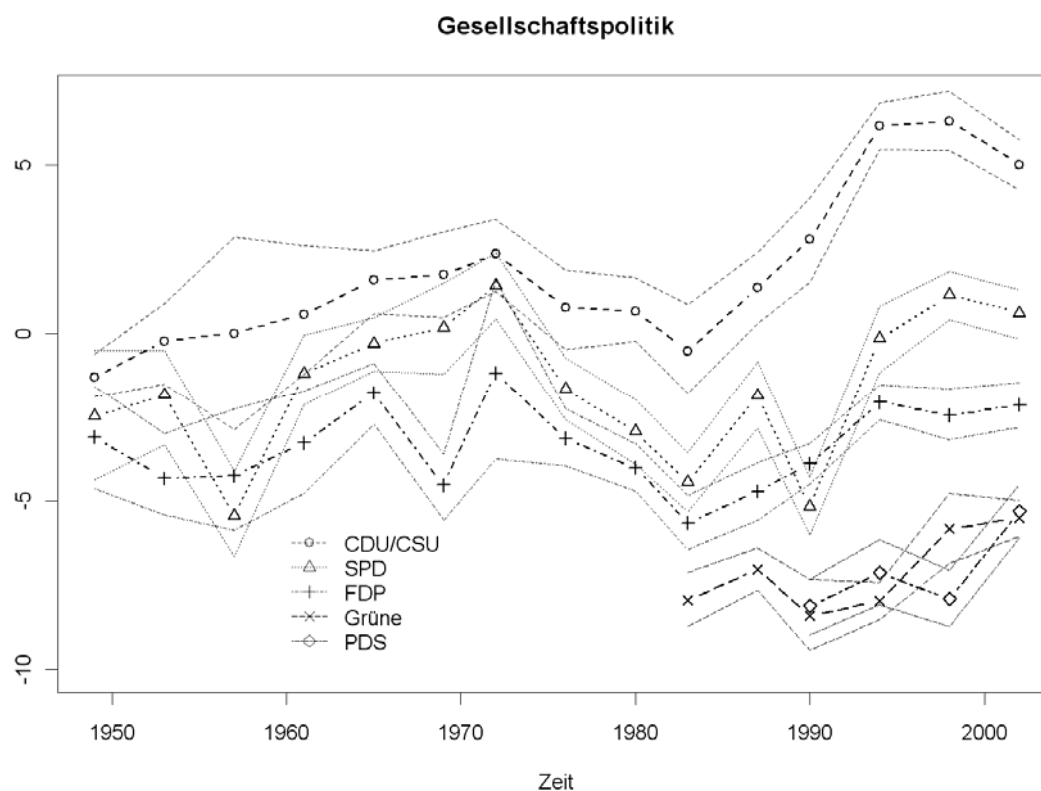
Tabelle 6: Konfidenzintervalle um die Richtungspräferenzen (Standardabweichungen)

Dimension 1 (Wirtschaft)													
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	1.028	1.383	1.114			1.537	2.016	2.265	0.772	1.112	1.528	1.549	
1953	1.203	1.181	1.100			1.305		1.505					2.102
1957	1.735	1.148	1.412			1.416							
1961	1.534	0.854	1.050										
1965	1.156	0.632	0.841										
1969	1.127	0.841	0.947										
1972	0.750	0.849	2.193										
1976	0.963	0.868	0.869										
1980	0.673	0.823	0.517										
1983	0.949	0.920	0.803	0.835									
1987	0.639	0.627	1.003	0.539									
1990	0.943	0.446	0.451	1.102	0.632								
1994	0.812	0.611	0.477	0.328	0.630								
1998	0.840	0.564	0.612	0.614	0.574								
2002	0.648	0.520	0.525	0.398	0.648								
Dimension 2 (Gesellschaft)													
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	0.491	1.422	1.181			1.446	1.514	1.323	0.726	1.079	1.110	1.409	
1953	0.929	1.078	0.944			1.160		1.806					1.171
1957	2.263	0.953	1.376			1.425							
1961	1.540	0.782	1.246										
1965	0.738	0.622	0.714										
1969	0.973	1.057	0.772										
1972	0.845	0.796	2.155										
1976	0.928	0.712	0.664										
1980	0.746	0.748	0.534										
1983	1.023	0.687	0.615	0.635									
1987	0.823	0.768	0.687	0.498									
1990	1.008	0.687	0.478	0.799	0.636								
1994	0.536	0.785	0.406	0.431	0.764								
1998	0.670	0.566	0.590	0.798	0.653								
2002	0.565	0.579	0.529	0.412	0.623								

Um zu überprüfen, ob die ordinale Reihenfolge der präferierten Richtungen stabil ist, visualisieren wir die Konfidenzintervalle für die aktuell noch im Bundestag vertretenen Parteien in Abbildung 5. Die gestrichelten Linien zeigen das 5%- bzw. 95%-Perzentil von y^*_{ij} , zwischen denen sich das 90%-Konfidenzintervall befindet. Die durchgezogene Linie im jeweiligen Konfidenzintervall zeigt die Entwicklung des Durchschnitts von y^*_{ij} . Demnach sind Unterschiede bezüglich der Wirtschaftspolitik zwischen den bürgerlichen Parteien nicht so eindeutig: Die FDP platziert sich zwar bei manchen Bundestagswahlen deutlich ‚rechter‘ als die CDU/CSU, das Konfidenzintervall der Union war hingegen nie vollständig weiter ‚rechts‘ als das der FDP. Die ‚linke‘ Richtung der SPD ist in der Anfangsphase der Bundesrepublik bis zum Godesberger Programm und seit 1980 stets eindeutig von den Richtungen der bürgerlichen Parteien unterscheidbar. Innerhalb des ‚linken‘ Lagers sind die Parteipositionen ebenfalls relativ deutlich zu unterscheiden mit wenigen Ausnahmen (Grüne 1990 und PDS 1994). Bezüglich der Gesellschaftspolitik ist die ‚rechtste‘ Position der CDU/CSU über die Zeit, vor allem seit 1976, relativ stabil. Hingegen sind die Position der SPD und die der FDP nicht immer eindeutig unterscheidbar. Lediglich bei manchen Bundestagswahlen positioniert sich die FDP deutlich ‚linker‘ als die SPD. Die Grünen und die PDS befinden sich deutlich weiter ‚links‘ als die älteren Parteien. Der Unterschied zwischen Grünen und PDS ist jedoch nicht eindeutig.

Abbildung 5: 90%-Konfidenzintervalle der Richtungsdaten bei den fünf aktuell im Bundestag vertretenen Parteien





Die Standardfehler bzw. die Konfidenzintervalle der Parteiposition nach der Distanzlogik zeigen eine ähnliche Entwicklung wie bei der Richtungslogik (Tabelle 7 bzw. Abbildung 6).

Tabelle 7: Konfidenzintervalle um die Idealpositionen (Standardabweichungen)

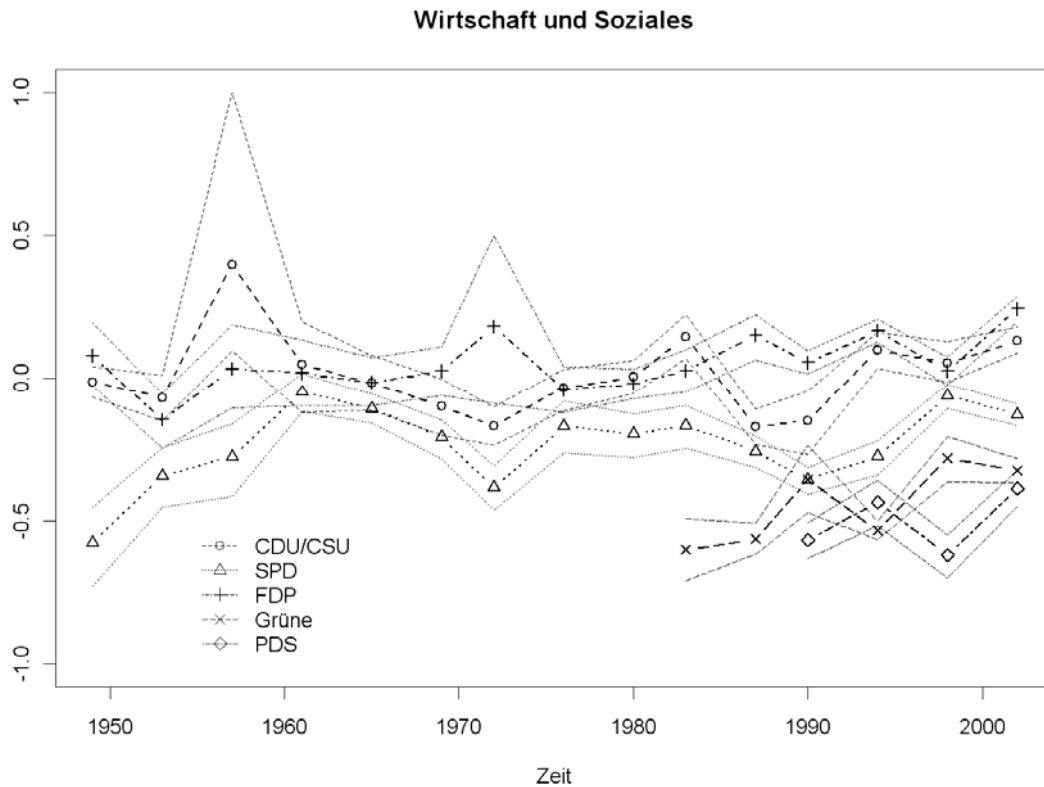
Dimension 1 (Wirtschaft)

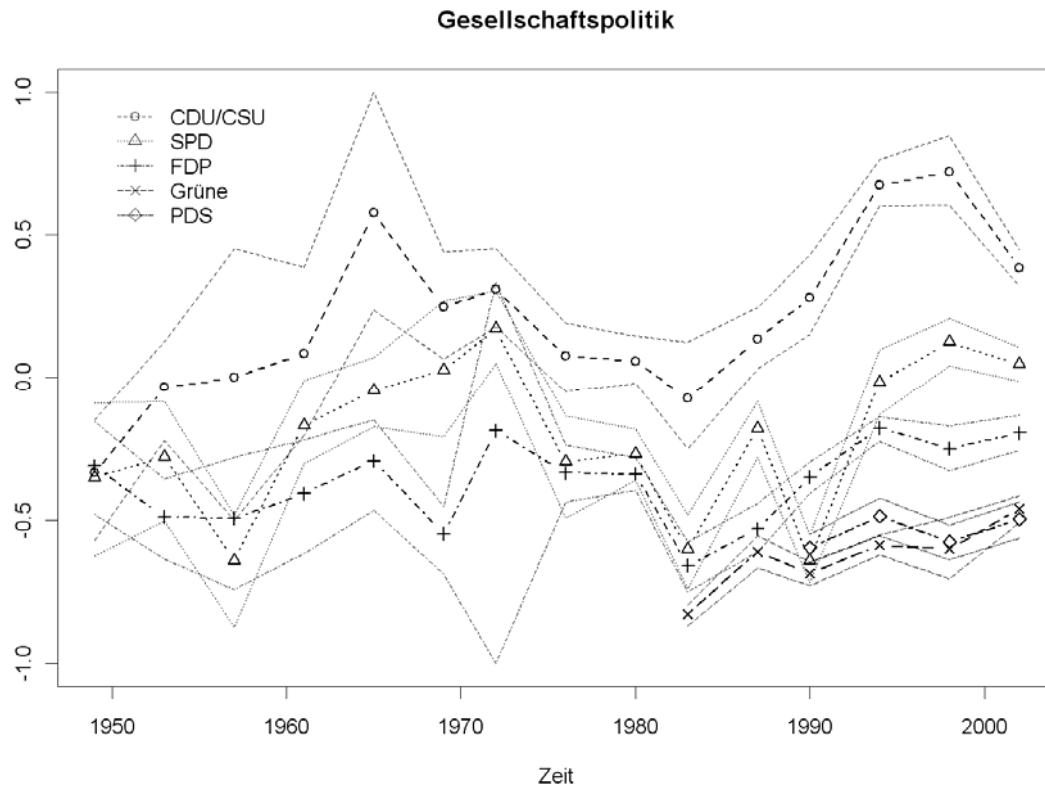
Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	0.045	0.106	0.092			0.122	0.264	0.259	0.081	0.067	0.159	0.686	
1953	0.064	0.083	0.074			0.091		0.189					0.221
1957	0.307	0.104	0.118			0.138							
1961	0.132	0.053	0.090										
1965	0.078	0.040	0.070										
1969	0.078	0.055	0.067										
1972	0.052	0.061	0.240										
1976	0.059	0.070	0.063										
1980	0.046	0.061	0.040										
1983	0.062	0.060	0.059	0.083									
1987	0.048	0.041	0.062	0.041									
1990	0.087	0.036	0.031	0.091	0.050								
1994	0.051	0.046	0.031	0.025	0.061								
1998	0.055	0.034	0.039	0.066	0.059								
2002	0.036	0.029	0.035	0.033	0.048								

Dimension 2 (Gesellschaft)

Jahr	CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne	PDS	DP	BP	Z	KPD	WAV	DRP	SSW	GB/ BHE
1949	0.165	0.204	0.125			0.164	0.268	0.235	0	0.172	0.207	0.140	
1953	0.134	0.161	0.112			0.155		0.238					0.484
1957	0.404	0.149	0.183			0.277							
1961	0.236	0.113	0.154										
1965	0.329	0.095	0.133										
1969	0.149	0.199	0.095										
1972	0.113	0.104	0.448										
1976	0.096	0.146	0.078										
1980	0.067	0.070	0.044										
1983	0.150	0.102	0.069	0.029									
1987	0.084	0.076	0.066	0.044									
1990	0.111	0.066	0.042	0.033	0.039								
1994	0.060	0.091	0.033	0.026	0.050								
1998	0.093	0.064	0.061	0.083	0.047								
2002	0.050	0.047	0.048	0.036	0.050								

Abbildung 6: 90%-Konfidenzintervalle der Idealpositionen bei den fünf aktuell im Bundestag vertretenen Parteien





Im Großen und Ganzen ist die Parteikonstellation vor allem seit 1980 relativ stabil, und die Parteipositionen sind deutlich voneinander zu unterscheiden. Wenn es auch mehrere Überschneidungen der Konfidenzintervalle gibt, so ist die Größenordnung der Standardfehler eher gering. Dies bedeutet, dass man von unserer Punktschätzung erwarten kann, dass der Unterschied zwischen den Parteien mit zunehmender Distanz im Politikraum deutlicher ist. Vor allem hier sollten Ergebnisse auch unter Berücksichtigung der Konfidenzintervalle robust sein.

Anmerkungen zur Robustheit der Methode

Unabhängig davon, dass wir unsere Ergebnisse inklusive Konfidenzintervalle ausweisen, um bei der Anwendung der Daten die Robustheit der Ergebnisse prüfen zu können, haben wir die Methode der Datengewinnung selbst auf ihre Robustheit getestet, um aufzuzeigen, dass verschiedene Möglichkeiten der Operationalisierung nicht zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führen. Wir sehen unsere Daten als durchaus robust an, was wir auf drei Betrachtungen stützen:

Erstens zeigt uns der Vergleich der Ergebnisse für die Richtungslogik (Methode c) und der Ergebnisse für positionale Modelle (Methode d), dass beide Methoden zu ähnlichen Ergebnissen führen. So ist zu erwarten, dass eine Partei mit einer ‚linken‘ (‚rechten‘) Idealposition den status quo auch in eine ‚linke‘ (‚rechte‘) Richtung verändern will, und dass der entsprechende Vektor um so stärker nach ‚links‘ (‚rechts‘) zeigt, um so weiter ‚links‘ (‚rechts‘) die Idealposition der Partei liegt. Es wäre kontraintuitiv, wenn eine ‚links‘ positionierte Partei eine ‚rechte‘ Richtung anstrebt und umgekehrt. Vergleicht man die entsprechenden Abbildungen 1 und 3, erkennt man die geforderte Konsistenz zwischen Richtungs- und Positionslogik ($r = 0.925$): Betrachtet man die ordinale ‚Links‘/‚Rechts‘-Anordnung der

Parteien, so ist diese nach beiden Methoden nahezu immer gleich und variiert bestenfalls an Stellen, wo zwei Parteien sehr dicht beisammen liegen. Auch die Kurvenverläufe der einzelnen Parteien sind für beide Methoden identisch: Nimmt eine Partei im Vergleich zum letzten Wahlprogramm eine weiter ‚links‘ liegende Position ein, zeigt auch der entsprechende Richtungsvektor stärker nach ‚links‘; ist die Position weiter ‚rechts‘ als bei der letzten Bundestagswahl, so zeigt auch der Richtungsvektor stärker nach ‚rechts‘.¹²

Stets angreifbar bei unserer Methode ist die Definition, welche Manifesto-Issues den Hauptdimensionen ‚Wirtschaft und Soziales‘, ‚gesellschaftspolitische Fragen‘ und ‚Sonstiges‘ zuzuordnen sind. Die von uns vorgenommene Kategorisierung (siehe Tabelle 1) wurde von verschiedenen Experten im Großen und Ganzen bestätigt. Nichtsdestotrotz kamen bei einzelnen Manifesto-Kategorien Diskussionen auf, ob diese Kategorie tatsächlich Teil einer bestimmten Politikdimension ist oder nicht. Unsere Methode sollte daher zumindest insofern robust sein, als die Umkategorisierung einzelner Manifesto-Issues nur marginale Auswirkungen auf das Gesamtergebnis haben sollte. Aus diesem Grund haben wir Jackknive angewendet (vgl. Shikano 2006): Für jede der beiden Hauptpolitikdimensionen haben wir die von uns vorgestellten Methoden angewendet unter der Annahme, dass eine der Manifesto-Kategorien von uns falsch kodiert wurde. Diese Kategorie müsste dann bei der Berechnung der Ergebnisse unberücksichtigt bleiben. Unter der Annahme, dass maximal eine Manifesto-Kategorie von uns falsch verschlüsselt wurde, erhalten wir auf der wirtschaftspolitischen Achse 23 bzw. 17 Alternativergebnisse, auf der gesellschaftspolitischen Achse 14 bzw. 12.¹³ Für robuste Daten erwarten wir, dass die alternativen Ergebnisse sich nicht grundlegend von den ursprünglichen Ergebnissen unterscheiden. Bei der Durchführung der Jackknife-Methode stellen wir fest, dass die Ergebnisse nicht wesentlich davon abhängen, ob eine einzelne Manifesto-Kategorie einer Politikdimension zugeordnet wird oder nicht. Abbildung 7 zeigt exemplarisch die Alternativergebnisse der CDU/CSU für die Richtungsdaten. Es ist erkennbar, dass das Auslassen der ein oder anderen Kategorie die Präferenzen zwar leicht nach ‚links‘ oder ‚rechts‘ verschiebt, die Grundstruktur des Verlaufs jedoch robust ist. Für die anderen Parteien trifft dies in ähnlicher Weise zu.

Ein letzter Robustheitstest, den wir an dieser Stelle durchführen, betrifft das Logarithmieren. Die Verwendung des Logarithmus anstelle der ursprünglichen Häufigkeiten wurde von uns zwar in Abschnitt 3 logisch hergeleitet und begründet, ist aber nichtsdestotrotz methodisch in gewisser Weise ad hoc. Aus diesem Grund führen wir auch hier einen Robustheitstest durch, indem wir die Auswirkungen des Logarithmierens gegenüber der Methode ohne Logarithmierung (Methode a) überprüfen. Abbildung 8 zeigt die Ergebnisse, wie sie nach Methode a) ohne Logarithmieren entstehen.

¹² Dies gilt zumindest in 104 von 106 Fällen (98.1%), was wir für ausreichend robust halten.

¹³ Bei der Generierung von Richtungsdaten besitzen ‚neutrale‘ und ‚diffuse‘ Issues keinen Einfluss auf das Ergebnis und führen daher bei Auslassung nicht zu einem alternativen Ergebnis. Ansonsten entspricht die Anzahl der Alternativergebnisse der Anzahl an in der Dimension verorteten Manifesto-Kategorien, die mittels Jackknife ‚abgeschnitten‘ werden können.

Abbildung 7: Ergebnisse der Jackknife-Methode für die CDU/CSU

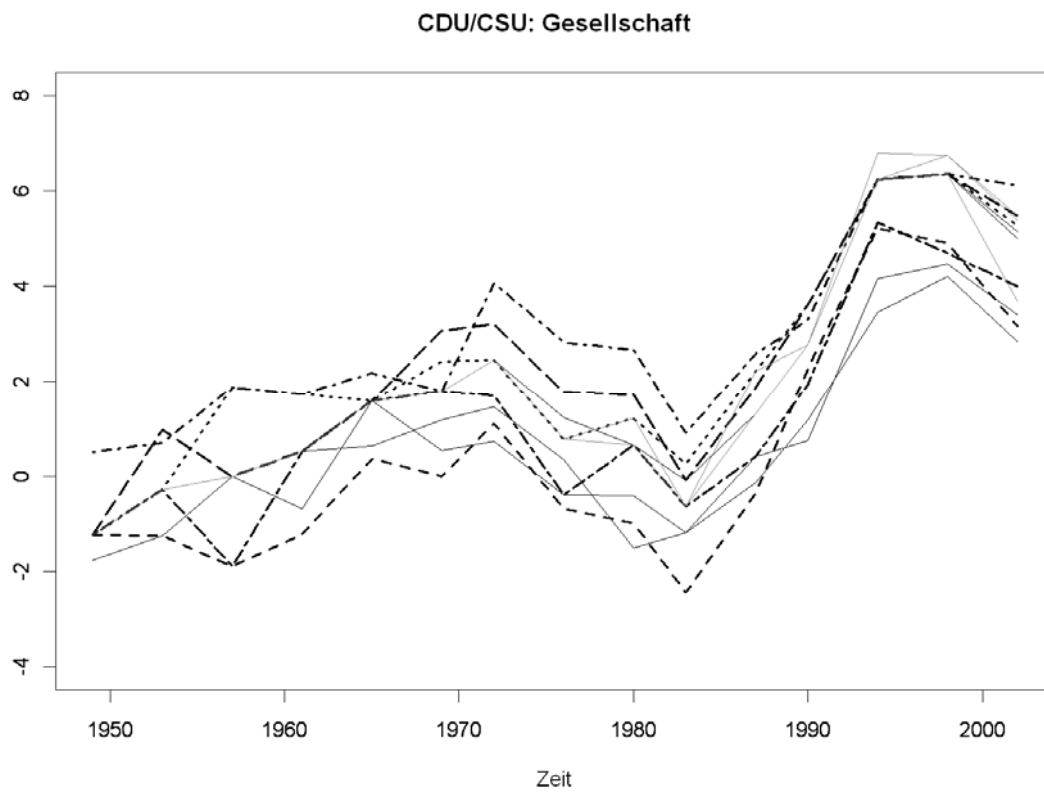
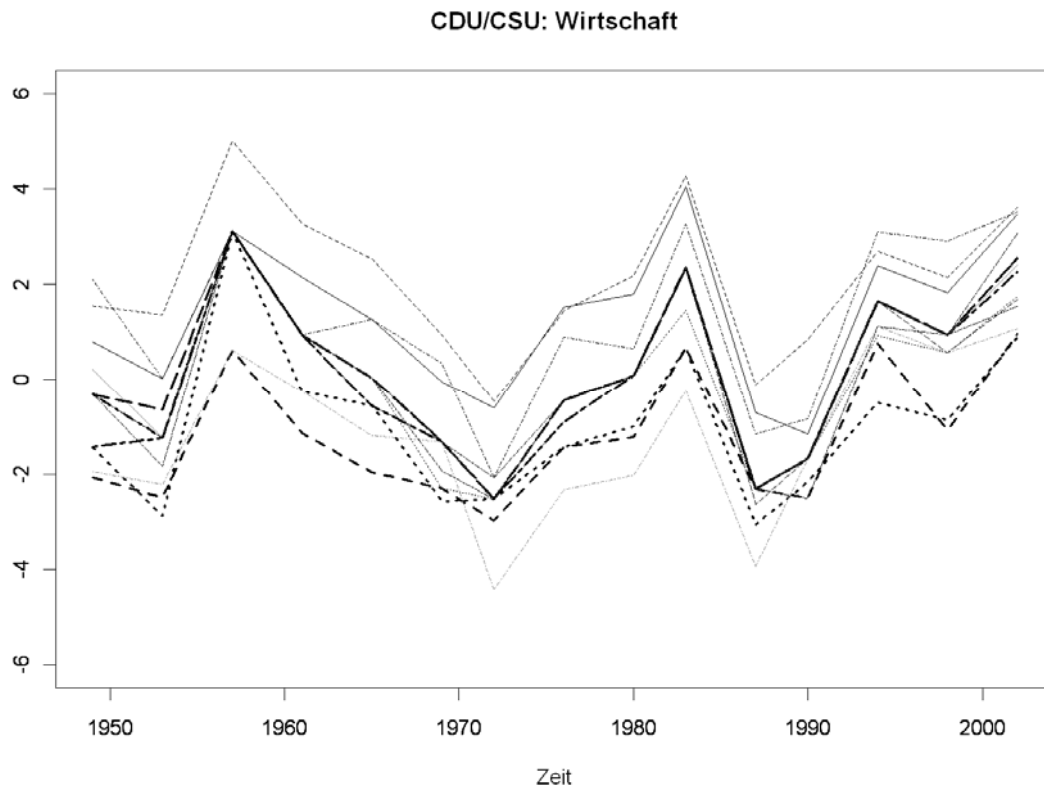
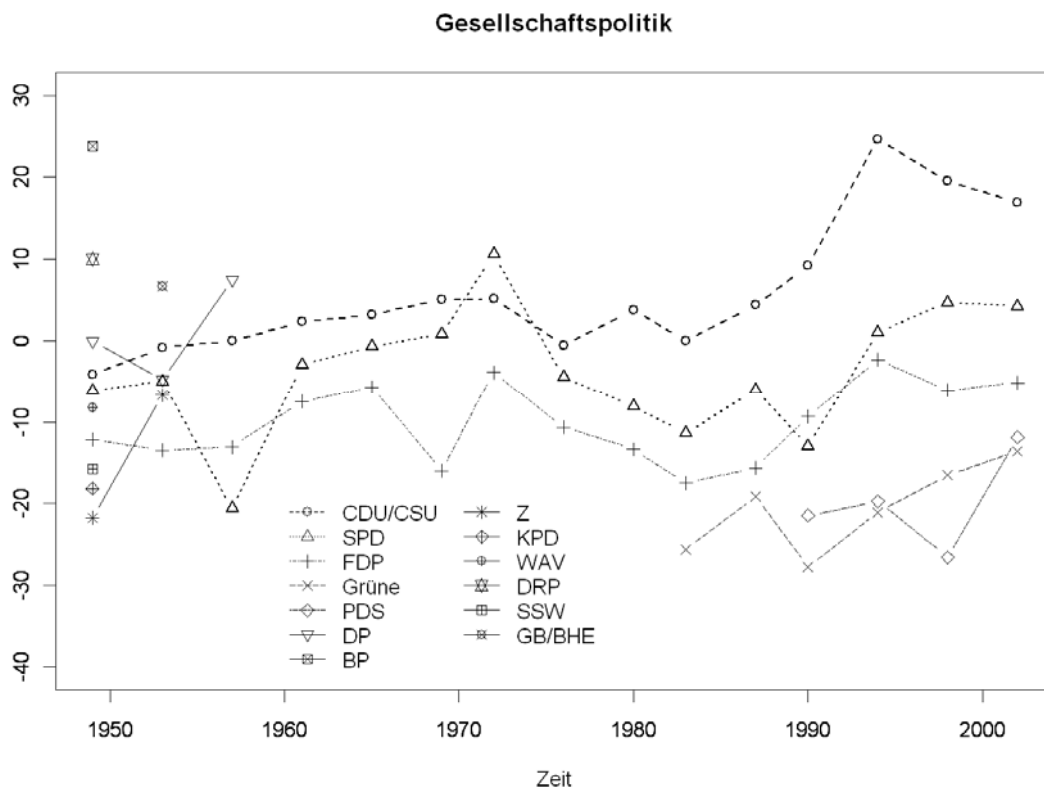
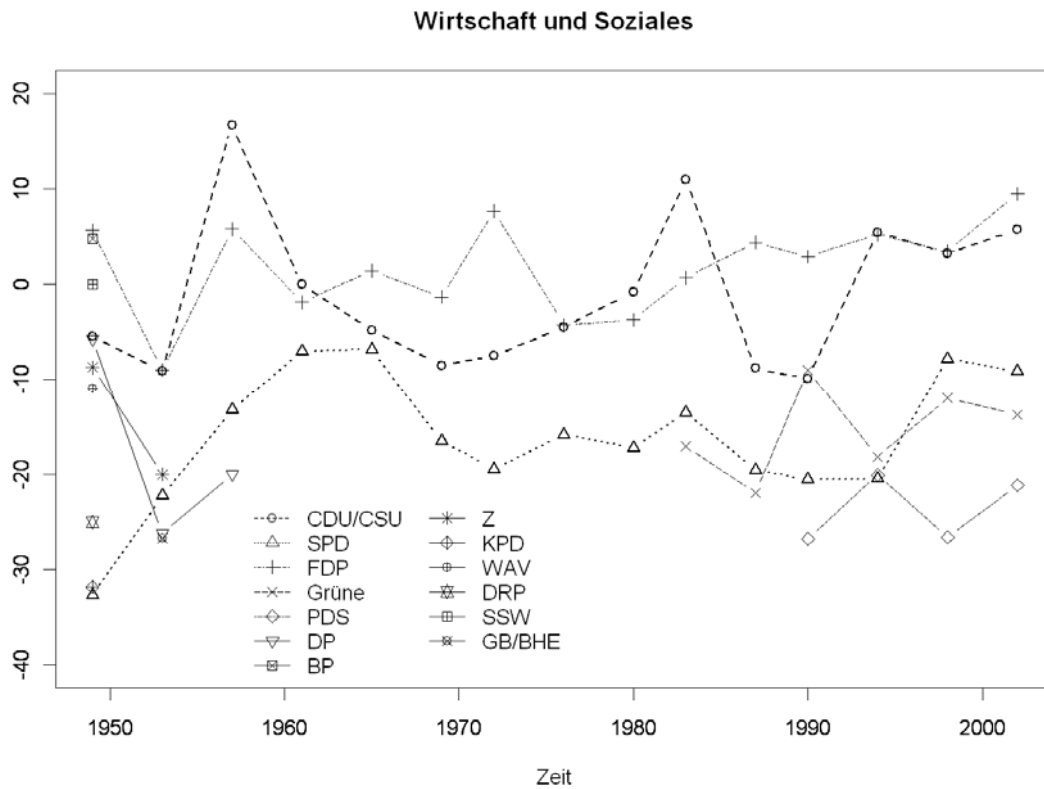


Abbildung 8: Ergebnisse der Methode ohne Logarithmierung



Vergleicht man die Ergebnisse mit den Werten für Richtungsmodelle, so kann zunächst eine hohe Übereinstimmung im Verlauf der Kurven festgestellt werden ($r = 0.922$). In über 92% der Fälle (98 von 106) verändert sich eine Partei in die gleiche Richtung im Vergleich zum Wahlprogramm der vorhergehenden Bundestagswahl. Lässt man die Gründungsjahre der Republik außer acht, die ohnehin mit sehr hohen Unsicherheiten belastet sind, kann man feststellen, dass mit wenigen Ausnahmen auch die ordinalen Anordnungen der Parteien bei beiden Methoden identisch sind. Zwei Fälle fallen bei den nach Methode a) gewonnenen Daten auf: Zum einen befindet sich die Union 1990 auf der wirtschaftspolitischen Achse ‚links‘ von den Grünen, zum anderen ist die SPD 1972 gesellschaftspolitisch ‚rechts‘ von der CDU/CSU. Der erste Fall resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Union nach der Wiedervereinigung einen breiten Passus in ihrem Wahlprogramm dem Manifesto-Thema 504 (‚Wohlfahrtsstaat Expansion +‘) widmete, vermutlich um Wähler in den neuen Bundesländern nicht abzuschrecken. Der zweite Fall fällt in die Zeit der terroristischen Bedrohung durch die RAF, in der die SPD sich für ‚Ruhe und Ordnung‘ stark machte. Logarithmiert man diese Ausreißer-Kategorien nicht, so überlagern sie mehrere weniger ausgeprägte gegenläufige Manifesto-Kategorien. Die Auswirkungen dieser beiden Ausreißer sprechen unserer Meinung nach für die gegenüber Extremwerten weniger empfindliche Methode des Logarithmierens, wie wir sie hier präsentieren. Mit einem Fokus auf die ansonsten breiten Übereinstimmungen in den Ergebnissen beider Methoden, sehen wir dies als weitere Bestätigung für die Robustheit unserer Daten.

Literatur

- Benoit, Kenneth & Michael Laver (2006): *Party policy in modern democracies*. London: Routledge.
- Budge, Ian (1994): A new spatial theory of party competition: Uncertainty, ideology and policy equilibria viewed comparatively and temporally. *British Journal of Political Science* 24: 443-467.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens & Judith Bara (2001): *Mapping policy preferences: Estimates for parties, electors, and governments 1945–1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian, David Robertson & Derek Hearl (1987): *Ideology, strategy and party change: Spatial analysis of post-war election programs in 19 democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Downs, Anthony (1957): *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Franzmann, Simon & André Kaiser (2006): Locating political parties in policy space. A reanalysis of party manifesto data. *Party Politics* 12(2): 163-188.
- Klingemann, Hans-Dieter & Andrea Volkens (1997): Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998. In: Gabriel, Oscar W., Oskar Niedermayer & Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 507-527.
- Laver, Michael & W. Ben Hunt (1992): *Policy and party competition*. New York: Routledge.
- Laver, Michael & Kenneth A. Shepsle (1996): *Making and breaking governments. Cabinets and legislatures in parliamentary democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Matthews, Steven A. (1979): A simple direction model of electoral competition. *Public Choice* 34: 141-156.
- Pappi, Franz U. & Susumu Shikano (2004): *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002*. Mannheim: MZES Arbeitspapier Nr. 76.
- Schofield, Norman J. (1986): Existence of a 'structurally stable' equilibrium for a non-collegial voting rule. *Public Choice* 51: 267-284.
- Sened, Itai (1996): A model of coalition formation: Theory and evidence. *Journal of Politics* 58(2): 350-372.
- Shikano, Susumu (2006): Bootstrap und Jackknife. In: Behnke, Joachim, Thomas Gschwend, Delia Schindler & Kai-Uwe Schnapp (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft*. Baden-Baden: Nomos: 69-80.
- Volkens, Andrea (2001): The manifesto research group since 1979 with particular reference to quality control. In: Laver, Michael (Hrsg.): *Estimating the policy position of political actors*. London: Routledge: 33-49.
- Volkens, Andrea (2002): *Manifesto coding instructions* (Manuskript; Second revised edition). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.